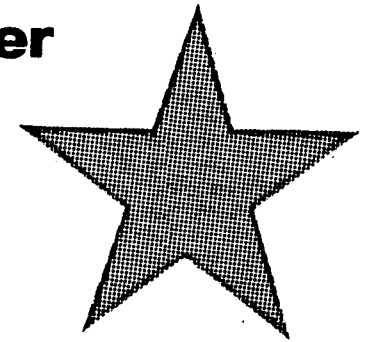


# Antiimperialistischer Kampf



Nummer 3

Juli 1984

---

"Einzelne von den jetzigen sozialchauvinistischen Führern mögen zum Proletariat zurückkehren. Aber die sozialchauvinistische oder (was dasselbe ist) opportunistische Strömung kann weder verschwinden noch zum revolutionären Proletariat 'zurückkehren'.

Wo unter den Arbeitern der Marxismus populär ist, dort wird diese politische Strömung, diese 'bürgerliche Arbeiterpartei' auf den Namen Marx schwören.

Man kann ihnen das nicht verbieten, wie man einer Handelsfirma nicht verbieten kann, ein beliebiges Etikett, ein beliebiges Aushängeschild, eine beliebige Reklame zu benutzen. Es ist in der Geschichte oft genug so gewesen, daß die Namen der revolutionären Führer, die bei den unterdrückten Klassen populär waren, nach dem Tode dieser Führer von ihren Feinden ausgenutzt wurden, um die unterdrückten Klassen irrezuführen."

(W.I.Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, Werke, Bd. 23, S. 115 ff)

---

## INHALT:

- Editorial S. 2
  - Zum Mai-Papier der RAF S. 6
  - Amnestie und Grußaktion -  
zwei Schuhe, die im gleichen Sumpf stecken S. 19
- 

Antiimperialistischer Kampf  
c/o. Politische Buchhandlung  
Universitätsstr. 26  
4630 Bochum 1

Preis: 3,- DM (Lieferung gegen  
Vorkasse in Briefmarken)

"die Höhepunkte der Bewegung bestimmten auch ihre Umkehr, den Schritt zurück - zur Revision des Bruchs statt zu seiner Entwicklung.

als auf die Maidemonstrationen der APO in Berlin 30000 und 5 Tage später genauso viele zur Demonstration gegen die Notstandsgesetze in Bonn kamen, war die APO da angekommen, wogegen sie aufgebrochen war: sie kämpfte mit parlamentarischen Mitteln. (...)

... war sie beim bürgerlichen antifaschistischen angekommen, bei der Verteidigung des Konkurrenzkapitalistischen Rechtsstaats gegen den Monopolkapitalistischen Planstaat, bei kleinbürgerlicher Opposition und Revisionismus."

(Texte: der RAF, S. 191)

1. Die Teilnahme von "Antiiperialistischen Gruppen und Initiativen" an den diesjährigen 1. Mai-Kundgebungen des DGB ist die notwendige und praktische Konsequenz aus der Politik, die diese 'Antiiperialisten' seit 1981 hier betreiben mit dem Ergebnis ihrer restlosen Einbindung in die internationale weiße Arbeiterbewegung, in das 'weltrevolutionäre' Projekt des Sozialhegemonismus. Die Revision, die notwendig war, um zu einer solchen Politik zu gelangen, wurde in den ersten beiden Nummern des AIK im Zusammenhang mit der 'Friedensbewegung' und den Autonomen kritisiert, aber nicht systematisch analysiert. Dies soll in der vorliegenden Nummer geschehen: anhand des Mai-Papiers der RAF (Mai 1982), das die ideologischen Grundlagen und die nachträgliche politische Legitimation für den bereits im Hungerstreik 1981 erfolgten Bruch mit der Linie und Politik der RAF der 70er Jahre und für die nachfolgende Entwicklung der 'Antiiperialisten' lieferte, wird in dieser Nummer ein Schlußstrich unter diese Entwicklung gezogen. (s. S. 6)

Die Umsetzung der im Mai-Papier vollzogenen Revision in ihre neue Politik führten die 'Antiiperialisten' im Herbst 1983 mit der "Grußaktion an die Politischen Gefangenen" vor, ein Luftballon, dem in der Zwischenzeit die Luft ausgegangen ist. Mehr Zukunft scheint dagegen die "Amnestie"-Kampagne zu haben, die zur gleichen Zeit aus dem alten SB-Sumpf wieder in Marsch gesetzt wurde. Nach unserer Einschätzung sind die "Grußaktion" und die "Amnestie"-Kampagne zwei Flüße, die im gleichen Sumpf stecken, (s. S. 19) was die Teilnahme der 'Antiiperialisten' an den 1. Mai-Kundgebungen des DGB unmittelbar sinnlich erfahrbar gemacht hat. Insofern hat die Praxis der 'Antiiperialisten' unsere Kritik an den von ihnen entwickelten theoretischen Voraussetzungen (nicht zum ersten Mal) in rasantem Tempo überholt; aber mit welchem Ziel ...?

Die Umkehr, die die 'Antiiperialisten' am 1. Mai 1984 vollzogen haben, ist politisch eine andere als die der APO am 1. Mai 1968. Die APO verließ 1968 in ihrer Mehrheit den revolutionären, an der Oktoberrevolution und der Großen Proletarischen Kulturrevolution orientierten Flügel der internationalen Einheitsfront gegen den USA-Imperialismus und schloß sich dem politisch weißen, an der Metropolenarbeiterklasse orientierten Flügel an. Also damals eine Umkehr hin zum internationalen Opportunismus, der sein Zentrum in der UdSSR hatte, die selbst aber noch Teil der Einheitsfront gegen den USA-Imperialismus als damaligen Hauptfeind der Menschheit war, und eine Abkehr von der eigenen "Subjektivität" und "Explosivkraft", die die antiiperialistische Massenbewegung seit 1967 entwickelt hatte. (Texte: der RAF, S. 56)

Der politische Unterschied besteht darin, daß die sozialhegemonistische UdSSR heute selbst zu einem Hauptfeind der Menschheit avanciert ist, wodurch die Umkehr der 'Antiiperialisten' am 1. Mai 1984 eine neue Bedeutung bekommt, obwohl beide Umkehr-Bewegungen darauf beruhen, den Kampf gegen den Sozialchauvinismus einzustellen, d.h. auf der Auslöschung der, wie die RAF sich in den "Texten..." ausdrückte, "anti-weißen", am grundlegenden Widerspruch zwischen unterdrückenden und unterdrückten Völkern und Nationen sich entwickelnden Theorie und Praxis, der "Identität" des Antiiperialismus in der BRD. Und deshalb wird heute nicht nur einfach mit dem Antiiperialismus gebrochen, um, wie in 70er Jahren, den gemeinsamen Feind zu besänftigen ("Frieden in Vietnam!") und hinter dem Rücken der Völker schmutzige Deals mit ihm auszuhandeln und diese als "Siege" zu propagieren. Der Antiiperialismus muß heute restlos liquidiert werden, um an seine Stelle einen niegelagerten sozialfaschistischen 'Antiiperialismus' setzen zu können, der hier als militanter Stoßtrupp des Sozialhegemonismus agieren soll.

Dieses Geschäft beginnen die "antiimperialistischen Gruppen und Initiativen" mit ihrem 1. Mai-Aufruf. Darin verkümmert der Antiiperialismus der 60er und 70er Jahre zum "Protest gegen das faschistische Schahregime, gegen die Notstandsgesetze, gegen den Vietnamkrieg, Solidarität mit Angola und Mozambique, Portugal und Spanien ..." und zum "kritischen antikapitalistischen Bewußtsein". Seine politische Einordnung in die sozialistische Weltrevolution und die deutsche Geschichte wird gekappt und daraus eine geschichtslose weiße Bürgerrechtsbewegung gemacht:

"...und was die Reflexion der großen antiimperialistischen Mobilisierung 66/67 betrifft, läßt sich einfach nicht abstreiten, daß die legale Linke sie vermarktet, konsumiert, in ihrer Erinnerung zum Objekt ihrer Euphorien gemacht hat, aber genau nie die Anstrengung unternommen, zum Begriff dessen zu kommen, was wirklich gelaufen ist, woher die Studentenbewegung ihre Explosivkraft nahm, die politische Relevanz ihrer Subjektivität usw." (Texte: der RAF, S. 56)

Der Antiiperialismus wird, im Stil der legalen Linken, ideologisch ausgehöhlt und seines revolutionären Kerns beraubt, um als "Kämpfe...gegen die Kriege und Kriegspolitik der USA und ihrer Verbündeten" im Mai-Aufruf 1984 wieder zu erscheinen, als "Kämpfe" für die "endgültige Beseitigung der ganzen kapitalistischen Produktions- und Besitzverhältnisse": für den "Sozialismus und Kommunismus". Einfach so ... trotz XX. Parteitag, Prag, Ussuri, Afghanistan und wie die anderen Marksteine des 'proletarischen Internationalismus' lauten. Die Unverfrorenheit, mit der von dieser Sorte 'Antiiperialisten' nicht nur die eigene revolutionäre Vergangenheit liquidiert und neu interpretiert, sondern die Weltgeschichte in das gleiche Schwarz-Weiß-Schema gepreßt wird, mit dem die Reagan-Regierung ihren hegemonistischen Rivalen propagandistisch bekämpft, nur anders herum gewickelt, ist kaum zu fassen! Oder nur zu begreifen vor dem Hintergrund des Zieles, dem eine solche Geschichtsschreibung dient:

3. Das Ziel der 'Antiiperialisten' ist, soweit dies aus ihrem 1.-Mai-Aufruf herausgelesen werden kann, die Formierung der gegen die objektiv ablaufende Militarisierung der BRD-Gesellschaft gerichteten Strömung im Sinne einer "sozialistischen" Strategie, d.h. die Aufspaltung jeder Widerstandsbewegung an dem "System"-Widerspruch "Sozialismus-Kapitalismus" entlang, wie sie selbst den Kampf der USA und der UdSSR um die Welthegeemonie interpretieren.

Diesem Ziel entspricht die eigene Rolle, die die 'Antiiperialisten' in den anstehenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zwangsläufig spielen müssen: die einer militanten Avantgarde bei der faschistischen Polarisierung der Gesellschaft in hier "Sozialismus", da "Kapitalismus", wodurch sie sich selbst zur sozialfaschistischen Bürgerkriegspartei entwickeln müssen.

Deutlich wird das, wenn sie diese Zielsetzung auf die Oktoberrevolution und die Rolle der Bolschewiki darin zurückprojizieren; darin beschreiben sie nur die eigene Rolle, die sie in Zukunft vorhaben zu spielen: "Den ersten Sieg im Kampf für den Kommunismus schafften die Bolschewiki in der Oktoberrevolution, in der sie aus ersten kleinen, illegalen marxistischen Gruppen sich in einem langen Kampf zur kommunistischen Partei entwickelten und schließlich den ersten sozialistischen Staat der Welt im Oktober 1917 erkämpften."

Dieser Typus von 'sozialistischer Revolution', der keine historischen Epochen, keine gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse, keine konkrete historische Entwicklung einer bestimmten Nation, kein Volk, keine Arbeiterklasse, keinen Klassenkampf benötigt, sondern allein das Vorhandensein des Widerspruchs "Sozialismus-Kapitalismus" und den Willen und die Macht "einer kleinen illegalen marxistischen Gruppe" (die sich auf das "sozialistische" Hinterland stützen kann), diese Art 'Revolution' finden wir z.B. in Afghanistan vor.

Es handelt sich dort um die putschistische Variante dieses Typus, der im Programm der DKP z.B. sein legalistisches Gegenstück hat. Die putschistische Variante taugt aber nur für den Notfall, da sie in der Regel, wie auch der Fall Afghanistan zeigt, auf die Intervention des 'Hinterlandes der Weltrevolution' angewiesen ist. Für ein Metropolenland wie die BRD scheint vorläufig die legalistische Variante als langer Marsch durch die Institutionen in die "anti-monopolistische Demokratie" der geeigneter Weg in den "Sozialismus". Aber wie schon die alten Zaren hat auch der russische Sozialhegemonismus zwei Eisen im Feuer.

Wenn also die Massakrierung des afghanischen Volkes durch eine sozialimperialistische Intervention den neuentdeckten "Sozialismus" der 'Antiimperialisten' nicht ins Wanken bringen kann, sondern diese und viele andere seiner Untaten ganz im Gegenteil als Ausdruck des Widerspruchs zwischen "sozialistischem" und "kapitalistischem" System von diesen geduldet oder gar gerechtfertigt werden, liegt die Überlegung nahe, daß der Sozialhegemonismus in ihnen durchaus sein zweites Eisen im Feuer erblicken könnte oder dies schon getan hat.

4.

Die soziale Stütze dieses Typus von 'sozialistischer Revolution' beruht in der Metropole BRD auf jenen Teilen der Gesellschaft, deren Weltbild an das der "Alten Linken" vom ewigen 'Klassenkampf der Arbeiter und Werktätigen' gegen 'das Kapital' anknüpft, und deren Freiheitsbegriff über die Freiheit der sozial modifizierten und 'sozialistisch' verbrämten Ausplünderung der Dritten Welt nicht hinausgeht: mit anderen Worten die heute mehr oder weniger sozial etablierte Neue Linke der 60er/70er. Diese hat in ihrer politischen Vergangenheit bewiesen, daß sie im allgemeinen die legalistische Variante der 'sozialistischen Revolution' bevorzugt, aber die Anbietung der 'Antiimperialisten' im 1.-Mai-Aufruf an diese "demokratischen, fortschrittlichen, antifaschistischen und revolutionären Kräfte" zeigt, daß die 'Antiimperialisten' zumindest die Existenz eines gemeinsamen politischen Stammbaumes entdeckt haben ... und welcher Ast der für den "Sozialismus" fruchtbarere ist, soll die Zukunft zeigen!

Eine ganze Epoche scheint sie von Ulrikes Feststellung zu trennen: "die geschichte der alten linken in der bundesrepublik ist die geschichte ihrer instrumentalisierung und so entnervung durch die kommunistische partei als einem anhängsel der ddr und ihrer korruption durch die sozialdemokratie..." (texte: der RAF, S.57).

Heute wäre dem hinzuzufügen: Die Geschichte des Antiimperialismus in der BRD ist die Geschichte seiner "instrumentalisierung und so entnervung" durch die sich etablierende Neue Linke. Für die "Antiimperialistische Initiative Frankfurt" gibt es weder die eine noch die andere, sondern "demokratische, fortschrittliche" etc. "Kräfte". Sie haben völlig recht: in der Tat ist es so, daß diese "demokratischen Kräfte", erkannt haben, daß die Zeiten vorbei sind, da es sich lohnte, die Sozialdemokratie bei der Durchsetzung der US-Hegemonie in Europa gegen die revolutionäre Bewegung in der BRD zu unterstützen

und daß es ihnen in den 70er Jahren erworbenen Pfründen besser bekommt, wenn diese "Demokraten" sich dem heute bestehenden Kräfteverhältnis in Europa anpassen, d.h. der sich im 'Aufwind' befindlichen Hegemonialmacht zuwenden, der sie ohnehin ideologisch näher stehen und in deren Sinne die reaktionäre Polarisierung der Gesellschaft in "Sozialismus/Kapitalismus" vorantreiben.

Was die heutigen 'Antiimperialisten' von diesen "demokratischen...Kräften" unterscheidet, ist allein die unterschiedliche Militanz in ihren Aktionen. (Wer erinnert sich dabei nicht an Krefeld...?)

5.

Außer der revolutionären Geschichte des Antiimperialismus bleiben im Zuge der Entdeckung der "demokratischen...Kräfte" als revolutionäres Potential die Autonomen als die bisherigen Bündnispartner der nach-81er-'Antiimperialisten' auf der Strecke; mitsamt ihrem "sich zur front denkenden" streetfighter, der das Mai-Papier der RAF von 1982 noch beherrschte, sind die angeblich systemsparenden neuen sozialen Bewegungen vorerst in der Versenkung verschwunden. Im 1.Mai-Aufruf werden sie überhaupt nicht mehr erwähnt. Vielleicht als späte Rache für einige zarte Bedenken der Autonomen gegen die Friedensliebe und die Gesellschaftsordnung des real existierenden Sozialismus mit seinen 'happy workers' und mit Rücksicht auf das aus der Gehirnwäsche der Friedensbewegung hervorgegangene neue 'klassenkämpferische' Potential, das den Klassenkampf im Gewand der 35-Stunden-Wochen-Kampagne des DGB als 'antikapitalistischen Klassenkampf' vorantreibt, sind die Autonomen vorerst aus der 'revolutionären' Armee ausgemustert. Die letzte Bastion revolutionärer Subjektivität, die mangels ideologischer Eigensubstanz dem verfaulenden bürgerlichen Subjektivismus zunehmend Gesellschaft leistete, ist gefallen. Am 1. Mai 1984 trat uns der militante sozialimperialistische 'Antiimperialismus' nackt entgegen, um sich dergestalt in die "internationale Arbeiterbewegung für Sozialismus und Kommunismus" einzureihen.

Unsere in AIK Nr.2 an die '81er-Antiimperialisten' gerichtete Warnung haben diese nicht als Aufforderung zur selbstkritischen Umkehr, sondern als Programmvorschlag für ihre neue Bewegung begriffen, mit der sie nun der eigenen autonom-antiimperialistischen Vergangenheit den Rücken kehren: "Wenn sich die '81er Antiimperialisten' auch nur in einem taktischen Bündnis mit der SU wähen, werden sie doch zur Stütze der sozialimperialistischen Allianz bei der Polarisierung der BRD-Gesellschaft angesichts der Bedrohung durch die zwei Hegemonialmächte."(AIK Nr.2, S.16.)

Damit endet unsere Beschäftigung mit dieser Spezies 'Antiimperialismus' unter der Rubrik revolutionäre Bewegung. Sollten wir in einem späteren Zusammenhang noch einmal darauf zurückkommen, dann vielleicht unter der Überschrift: Notizen über das Wirken des "modernen Jesuitenordens" (F.Engels) (1) des russischen Sozialhegemonismus...

Alle diejenigen, die noch ein Fünkchen revolutionärer Identität bewahrt haben, müssen mit dieser sozialfaschistischen Strömung einen zweifachen radikalen Bruch vollziehen, d.h. nicht bei der Kritik an derselben stehenzubleiben, sondern dieser Strömung politisch, ideologisch, und organisatorisch eine den Interessen und der revolutionären Perspektive der Völker entsprechende Bewegung entgegenzustellen.

Das verstehen wir unter proletarischem Internationalismus.

(1) zit. in AIK Nr.2, S.31

Es gibt für die internationale revolutionäre Bewegung zwei (miteinander zusammenhängende, aber nicht identische) Scheidelinien zwischen Freund und Feind, die ideologische und die politische. An der ideologischen Scheidelinie stehen sich die grundsätzlichen - mehr oder weniger theoretisch ausgebildeten und programmatisch formulierten - Weltanschauungen der verschiedenen Klassen gegenüber, an der politischen Scheidelinie formieren sie sich zur Partei und treten in Aktion.

I. Die RAF war ideologisch anti-weiß. Sie stellte den antiimperialistischen Kampf in der Metropole BRD bewußt unter die Hegemonie des nationalen Befreiungskampfes der vom Imperialismus unterdrückten Völker und Nationen der Dritten Welt. So wurde sie zum Protagonisten der proletarischen Linie des Klassenkampfes in der BRD, damit zugleich zum Träger der revolutionären Kritik am modernen Revisionismus in der BRD-Linken. Während die Arbeiterpartei-Fraktionen der Studentenbewegung den chauvinistischen Popanz der sozialistischen Revolution in der BRD aufbauten, also ihre Politik auf dem Widerspruch Lohnarbeit/Kapital in der imperialistischen Metropole reduzierten, und so - im Nachbeten der chinesischen Kritik am Chruschtschow-Revisionismus (1) - das ideologische Modell des Chruschtschowismus, den Gulasch-Kommunismus, selbst reproduzierten und als "proletarische" Linie verkauften, entwickelte die Rote Armee Fraktion die ideologische Scheidelinie der Studentenbewegung weiter: Der Prüfstein zwischen Freund und Feind im Klassenkampf der Metropolengesellschaft ist, daß jeder Kampf gegen den Imperialismus ohne bedingungslosen Kampf gegen die Unterwerfung von 3/4 der Weltbevölkerung unter die Interessen des imperialistischen Finanzkapitals auf einen direkten Verrat an der Weltrevolution hinausläuft. Kurz, die ideologische Scheidelinie ist der Proletarische Internationalismus als Partei-Ergreifen und Partei-Sein im grundlegenden Widerspruch unterdrückte Nationen/Unterdrückernationen. Wer den verwässert, "außer Acht läßt", umbiegt und, wie der moderne Revisionismus in den 60er Jahren, der friedlichen Koexistenz opfert, der liquidiert die revolutionäre Linie im Klassenkampf überhaupt.

Der Chauvinismus ist der Todfeind des Marxismus/Leninismus in der Metropole; zwischen beiden gibt es keine Kompromisse. Diese Wahrheit hat die RAF als einzige Fraktion der antiimperialistischen 68er Bewegung in ihrem Kampf festgehalten. Deshalb: Sie war anti-weiß und im Kern anti-revisionistisch, indem sie - ohne den theoretischen Kampf systematisch zu entwickeln und bis zu Ende zu führen, auch nicht, ohne Fehler zu machen - die Prinzipien der Oktoberrevolution ihrer Politik zugrunde gelegt hat.

II. Die RAF war politisch die Avantgarde des Antiimperialismus in der BRD in den 70er Jahren. In ihrer Strategie und Taktik entwickelte sie, ausgehend von Positionen der 68er Bewegung, aus dem objektiven Kräfteverhältnis in der Welt und aus der Analyse der BRD die Notwendigkeit, den bewaffneten antiimperialistischen Widerstand als Teil der Einheitsfront der Völker gegen den internationalen Hauptfeind, den USA-Imperialismus, und gegen die BRD in ihrer Funktion für diesen, zu organisieren.

Mit dieser politischen Linie erfüllte sie die wichtigste Aufgabe, nämlich die aus der Offensive der Befreiungsbewegungen der drei Kontinente in den 60er Jahren sich ergebende revolutionäre Pflicht, im imperialistischen Subzentrum selbst den politischen Hauptwiderspruch in der Welt ins Zentrum zu rücken,

(1) genauer gesagt: im abstrakten Nachbeten von zwei unverdauten Prinzipien der Oktoberrevolution, "bewaffnete Revolution" und "Diktatur des Proletariats".

und zwar so, an ihm - und nicht an den Widersprüchen der Metropolengesellschaft - der politische Konsens der Metropole und damit ihre Hintergrundfunktion für die Kriege des USA-Imperialismus in der Dritten Welt (von Palästina bis Vietnam) zerbrach, mindestens aufgesprengt wurde.

Diese Linie war richtig, und die Praxis der RAF war objektiv Orientierung und Scheidelinie im konkreten Klassenkampf in der BRD, weil sie bis zum Ende des Vietnamkrieges den Erfordernissen des weltrevolutionären Prozesses entsprach. Bis zum Ende des Vietnamkrieges war Maos strategische Einschätzung gültig, daß die Kräfte des nationalen Befreiungskampfes und des Sozialismus als Avantgarde der antiimperialistischen Einheitsfront - im strategischen Bündnis mit der antiimperialistischen Bewegung in den Metropolen und im taktischen Bündnis mit den revisionistischen Ländern - die Kräfte des USA-Imperialismus und seiner Lakaien überflügeln. Mit der strategischen Bestimmung "Haupttendenz Revolution" wurde die historische Aufgabe gestellt, den Kampf zum Sturz des USA-Imperialismus zu Ende zu führen und alle Kräfte auf diesen Kampf zu konzentrieren. Sie war so die politische Scheidelinie in den 60er und 70er Jahren zwischen Freund und Feind. Wer sich - unter welchen Losungen auch immer - im Klassenkampf in der BRD von dieser Aufgabe, und damit von der antiimperialistischen Einheitsfront der Völker abkoppelte, ging politisch ins Lager des Imperialismus über. Die RAF hat - wieder als einzige Fraktion aus der Studentenbewegung - dieser Abkopplung die unbedingte Notwendigkeit der weltweiten Einheitsfront der Völker theoretisch und praktisch entgegengesetzt.

III. Nach dem Sieg im nationalen Befreiungskampf Vietnams konnte die historische Niederlage des USA-Imperialismus nicht zu seinem Sturz als Welthegemonialmacht weitergetrieben werden. Es trat eine Wende im Kräfteverhältnis auf der Welt ein. Ihre wesentliche Ursache liegt in den Schlägen, welche die antiimperialistische Einheitsfront der Völker von innen erhielt, und die schließlich zu ihrem Zerbrechen führten. Ohne im einzelnen diesen Prozeß und seine Kräfte analysiert zu haben (diese Aufgabe steht weitgehend noch vor uns und muß unbedingt gelöst werden, um die Geschichte der proletarischen Revolution weiterführen zu können), lassen sich mindestens drei Hauptpunkte feststellen.

1. Die Niederlage der revolutionären Linie in der VR China, welche mit der umfassenden Liquidierung der Kulturrevolution durch die Deng-Hsiao-Ping-Clique eingeleitet wurde, und durch welche sich die VR China von einer revolutionären Avantgarde der Weltrevolution zu einem eigene, vor allem regionale Machtpolitik treibenden "Schwellenland" der Dritten Welt entwickelt hat.

Der Umsturz in der VR China hatte welthistorische Bedeutung, weil mit ihm die internationale revolutionäre Bewegung nicht nur ein materielles Hinterland, sondern vor allem eine riesige Kraft im ideologischen und politischen Kampf verlor. Mao Tse-Tung ist in China nicht nur physisch einbalsamiert (und ist natürlich längst nicht nur in China einbalsamiert).

Die Befreiungsbewegungen und vom USA-Imperialismus befreiten Länder wurden durch das Ausschalten der revolutionären Funktion, welche die VR China für ihren Kampf hatte, fast zwangsläufig in die sich verstärkende Polarisierung zwischen der USA und der Sowjetunion getrieben, und in dieser Polarisierung ebenso zwangsläufig unter die Dominanz der Sowjetunion, - ja, man kann als These behaupten: Ohne die Eroberung der politischen Macht durch die neue Bourgeoisie in der VR China hätte der Widerspruch USA/Sowjetunion niemals die reaktionäre Polarisierung im internationalen Klassenkampf hervorrufen können, die besonders für die Befreiungsbewegungen der drei Kontinente längst zur Falle geworden ist, indem sie ihnen fast jeden selbständigen politischen Spielraum vernichtet.

## 2. Der Aufstieg der Sowjetunion zur sozialimperialistischen Hegemonialmacht.

Die Sowjetunion konnte in den 60er und 70er Jahren unter dem Druck der kämpfenden Völker und der internationalen Polemik gegen den modernen Revisionismus noch als Bündnispartner der Befreiungsbewegungen in die internationale Einheitsfront gegen den USA-Imperialismus gezwungen werden. Dennoch kommt bereits in den RAF-Analysen über Rolle und Funktion der Sowjetunion im antiimperialistischen Kampf die politische Fäulnis dieses Bündnispartners deutlich (wenn auch ungewollt) zum Vorschein, die nach Vietnam zur offenen hegemonialen Rivalität auf dem Rücken der Völker geführt hat. (Und in der kritiklosen Übernahme bestimmter Propagandalösungen der sowjetischen Geschichtsschreibung kommt auch bereits ein Schwäche der Position der RAF selbst zum Vorschein.) "als die su schließlich wie die usa über nuklearwaffen verfügte, war durch das atomare patt die politische bedingung für die entwicklung der bewaffneten befreiungskämpfe an der peripherie gegen den us-imperialismus geschaffen, insofern 'in seinem schutz' lokale, regional begrenzte kriege möglich geworden sind ... so konnte der sieg des vietnamesischen volkes über die usa das strategische gleichgewicht zwischen revolutionärem prozeß und imperialismus herstellen und der übergang des imperialismus in die defensive zum strategischen bruch des systems werden." (Drei Fragmente aus der Erklärung zur Sache, Jan.76, text:der RAF, S.200)

Die Theorie vom "atomaren Patt" basierte ja bereits auf der Vorstellung, daß dem USA-Imperialismus als eigentlicher Antagonist nicht die kämpfenden Völker, sondern die zweite "gleichwertige" Großmacht Sowjetunion gegenübersteht. Sie drückt also bereits die hegemoniale Ambition des Chruschtschow-Revisionismus aus, daß über den weltweiten Prozeß der Dekolonisierung nur noch auf der Ebene und unter Regie der Supermächte entschieden werden könnte. Diese Politik der Kollaboration und Rivalität ist vielleicht am entwickeltsten an der Geschichte des Nahen-Ostens seit dem Suez-Krieg 1956 abzulesen.

In der Breschnew-Ära aber wurde aus der Ambition, begünstigt durch die weltweite Schwächung des USA-Imperialismus, sozialimperialistische Hegemonialpolitik, mit welcher die SU ihr Verhältnis zu den antiimperialistischen Kräften in der Welt umdrehte. "Der Weltimperialismus besteht heute nicht mehr nur aus dem us-imperialistischen Globalsystem, sondern aus zwei Hegemonialmächten, die sich jeweils ihre reaktionären bzw. reaktionär gewordenen Allianzen geschmiedet haben und ein weltweites System von Stellvertreterregimes in den Ländern der Dritten Welt aufgebaut haben." (Antiimperialismus und Friedensbewegung, AIK Nr. 2, S. 8)

3. Das Umkippen der antiimperialistischen Bewegungen in den Metropolen unter dem Eindruck dieser grundlegenden Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis. Mit dem Verlust der revolutionären Avantgarden der Völker der Dritten Welt konfrontiert, suchte sich die antiimperialistische Linke eine neue Avantgarde -- und fand sie um so leichter im "Klassenkampf im eigenen Land", als die weltweite Offensive der Befreiungsbewegungen die allgemeine Krise des Imperialismus vertieft hatte, welche im Verlauf der 70er Jahre mit verschärftem Krisenmanagement auch in den imperialistischen Gesellschaften beantwortet wurde. Der Proletarische Internationalismus, die strategische Ausrichtung des Klassenkampfes auf die Lösung des grundlegenden Widerspruchs zwischen Ausbeuternationen und ausgebeuteten Nationen, wurde ersetzt durch den "nationalen Proletarismus" oder "Subproletarismus". Die ehemals antiimperialistische Linke stellte ihren Kampf unter die politische Hegemonie der Metropolenkleinbürger, die als Arbeiter-, Randgruppen- oder Protestbewegungen zur neuen Avantgarde des Klassenkampfes erklärt wurden und deren Programm notwendig weiß ist: "Liebe, Zärtlichkeit und Sozialismus".

"Alle diese Entwicklungen haben zum Zerschlagen der weltrevolutionären Offensive der 60er und 70er Jahre geführt. Sie sind die politische Bedingung dafür, daß die Haupttendenz Revolution umgeschlagen ist und an ihre Stelle die Haupttendenz Reaktion getreten ist." (AIK Nr.2, S.9)

## IV.

Das Mai-Papier der RAF von 1982 ("GUERRILLA, WIDERSTAND UND ANTIIMPERIALISTISCHE FRONT") stellt eine völlige Revision der Linie dar, die von der RAF in den 70er Jahren erkämpft wurde und die einen ganzen Abschnitt des Antiimperialismus in der BRD bestimmt, ja überhaupt erst als konkrete politische Geschichte ermöglicht hat.

Eine solche Revision kommt natürlich nicht über Nacht. Sie hat sich nach der Stammheimer Exekution der führenden RAF-Kader im Herbst 1977 im Schoße der RAF selbst und in der antiimperialistischen Bewegung entwickelt. Mit dem Hungerstreik 1981, den Erklärungen zu Krösen und Ramstein und den ab 1981 abgegebenen Prozeßerklärungen hat sie sich zu einer Strategie und Taktik formiert, mit welcher die RAF und die mit ihr verbundenen Teile der antiimperialistischen Bewegung in Zukunft eine prinzipiell andere Position im nationalen und internationalen Klassenkampf einnehmen als in den 70er Jahren. Das Mai-Papier ist das programmatische Dokument dieser neuen Linie; es zieht in den wesentlichen Fragen des Antiimperialismus einen definitiven Schlußstrich unter die historische Kontinuität, die mit dem Namen RAF verknüpft war.

Die Abrechnung mit dieser neuen Linie kann aus zwei Gründen nicht bruchlos von den alten Positionen der RAF aus geführt werden. Erstens, im Lichte des historischen Prozesses nach 1977 zeigt sich, daß schon bestimmte, in den "texten" entwickelte Einschätzungen - besonders die Rolle der Sowjetunion im internationalen Klassenkampf betreffend - den Keim zu der später offen auftretenden sozialchauvinistischen Linie enthalten. Diese Schwächen waren angesichts der konkreten Situation, in der die RAF ihren Kampf entwickelte, sekundär. Sie konnten Bedeutung und Durchschlagskraft erst dadurch gewinnen, daß nach 1977 in der antiimperialistischen Bewegung der ideologische und politische Kampf zweier Linien um die Entwicklung und Weiterentwicklung der revolutionären Theorie absolut keine Bedeutung mehr hatte. (Wahrscheinlich einer der verhängnisvollsten Siege des Autonomismus und Spontaneismus in den 70er Jahren, der ihnen auch von Seiten der Antiimperialisten leicht gemacht wurde, weil er sich im Kampf gegen den dogmatisierten und verstümmelten "Marxismus" der ML-Parteisekten aufputzen konnte). Wenn er versucht wurde, führte er sehr schnell zu Exkommunizierung der Kritiker und zur Befestigung und Beschleunigung der kritisierten Politik.

Vor allem aber, zweitens, die Positionen der RAF wurden in einer konkreten historischen Situation gewonnen: Sie waren Umsetzung des weltrevolutionären Prozesses in den Klassenkampf der BRD, der in den 60er und 70er Jahren objektiv von dem weltweiten Hauptwiderspruch unterdrückte Völker/USA-Imperialismus bestimmt wurde. Wenn sich das konkrete Kräfteverhältnis ändert, muß sich notwendig auch die Linie ändern. Die Abrechnung mit der neuen Politik der RAF muß deshalb von der seit Mitte der 70er Jahre veränderten historischen Situation ausgehen (s.o.). Sie wird gleichzeitig die Prinzipien jeder antiimperialistischen Politik in der BRD neu erobern und verteidigen müssen, die mit dem im Mai-Papier besiegelten Ende der in den Kämpfen der 60er und 70er Jahre formierten RAF unter die Räder gekommen sind.

V.

Der größte Teil des Mai-Papiers - man könnte sagen: die Hauptarbeit, die hauptsächlich Kräfteanstrengung, die das Mai-Papier leistet -, besteht darin, eine neue chauvinistische Ideologie (genauer: ein neues, auf die Höhe der Zeit gebrachtes ideologisches Gewand für den Chauvinismus) als Grundlage für den 'Antiimperialismus' zu produzieren. Hierzu gehört zweierlei. Erstens, die Geschichtsfälschung und Vernichtung der antiimperialistischen Inhalte der RAF bis 77; zweitens, die Behauptung eines internationalen Kräfteverhältnisses, welches genau dem Chauvinismus entspricht und von welchem sich der Chauvinismus umgekehrt wiederum nähren kann, auf welches er sich stützen kann, welchem er entspricht. Beides zusammen dient als Boden für eine bestimmte politische Linie, nämlich der Behauptung, daß sich im Weltmaßstab Sozialismus und Imperialismus als Hauptwiderspruch gegenüberstehen.

Zum ersten Punkt: Das Mai-Papier erklärt als Hauptinhalt der Etappe von 1970 bis 77, "der Kampf um die Durchsetzung des Konzepts metropolenguerilla: ob bewaffnete Politik in der BRD sich tatsächlich verankern und so die revolutionäre Perspektive eröffnen kann, (war) die erste grundsätzliche Machtfrage, die in allen Aktionen ... in den Jahren bis dahin als Kern enthalten war." (S.2)

Es mag sein, daß einzelne Formulierungen der RAF bis 1977 so interpretierbar sind, als wäre die Form, die Taktik des antiimperialistischen Kampfes eine absolute, von äußeren und inneren politischen Bedingungen unabhängige allgemeine "Wahrheit", also schon die Sache selbst. In der ganzen Theorie und Praxis der RAF findet sich aber bis 1977 hauptsächlich genau das Gegenteil, nämlich eine ganz konkrete, immer aufs Neue an den Tatsachen überprüfte und entwickelte politische Begründung für die Notwendigkeit des bewaffneten antiimperialistischen Kampfes in der BRD. Er wurde - was im Mai-Papier einfach herausgefixt ist - von der RAF begründet und geführt aus der Analyse des internationalen Kontextes des Klassenkampfes und der Stellung der BRD in ihm. Ein Konzept von "bewaffneter Politik", das den Widerspruch Staat/Guerilla aus dem historischen politischen Begründungszusammenhang rauslöst und verabsolutiert, und damit (wie es z.B. in den Prozeßklärungen von Wackernagel/Schneider zu finden ist) mystifiziert, verfällt unweigerlich in die Anbetung der Militanz an sich, macht schließlich aus jeder politischen Konfrontation und aus dem Antiimperialismus überhaupt eine militärische "Machtfrage" und wird notwendig, wie es den Antiimps zuletzt in Krefeld ergangen ist, zum politischen Spielball des Staates - und zum taktischen der Staatsapparate.

"Bewaffnete Politik" an sich, wie sie das Mai-Papier schlicht als "Konzept metropolenguerilla" behauptet, welches 1972 bis 77 ein für alle Mal durchgesetzt worden wäre, ist bloßes Abenteuerium. Es kommt darauf an - und nur darauf - , welche Politik und warum bewaffnet (das heißt mit anderen Mitteln) durch- und fortgesetzt wird. Dazu schweigt das Mai-Papier. Gerade das aber hat die RAF in allen Aktionen und Erklärungen bis 1977 unzählige Male versucht, genau zu entwickeln: daß und warum die Situation des internationalen Klassenkampfes Ende der 60er Jahre, der von einem gemeinsamen strategischen Ziel geleitete nationale Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt gegen den USA-Imperialismus, die Eröffnung der zweiten antiimperialistischen Front im Hinterland verlangte, welche den politischen Hauptwiderspruch in die Metropolengesellschaft verlängert, bzw. "übersetzt", und somit zur Verstärkung und Vertiefung - und strategisch betrachtet zur Lösung - dieses Widerspruchs beiträgt. Nicht die "Machtfrage" zwischen Staat und Guerilla war politischer Inhalt und revolutionäre Praxis der RAF, sondern die Durchsetzung der proletarischen Hegemonie im Klassenkampf in der BRD.

Warum erscheint im Mai-Papier eine solche Darstellung der RAF bis 1977, bei der die entscheidende Grundlage ihres Kampfes, ihr antiimperialistischer

Internationalismus, die Unterordnung des Klassenkampfes in der BRD unter die weltrevolutionären Interessen der Völker der Dritten Welt einfach wegradiert ist? Sie ist notwendig, um Tür und Tor für eine auf die Metropolenwidersprüche zugeschnittene neue 'antiimperialistische' Ideologie zu öffnen.

VI.

Diese Ideologie wird im Mai-Papier durch einen Wust von revolutionär klingenden hohlen Phrasen hervorgebracht, welche zugleich ihren chauvinistischen Kern verschleiern sollen. Ehe wir auf die politische Bedeutung dieses neuen chauvinistischen 'Antiimperialismus' kommen, müssen wir noch auf ein wesentliches Merkmal der Ideologiebildung eingehen, das im Mai-Papier exemplarisch zu beobachten ist: Der völlige Subjektivismus bei der Bestimmung der objektiven und subjektiven Kräfte des Klassenkampfes, also bei der Bestimmung der revolutionären Strategie.

Die Bestimmung der objektiven Situation kleidet das Mai-Papier in die obskure Behauptung, daß "...aus dem internationalen Zusammenhang der Kampf um Befreiung vom isolierten Guerillaprojekt zur greifbaren Wirklichkeit in den Auseinandersetzungen des Tages durchbrochen ist." (S.4)

Es ist müßig, in diesem Jargon, der anstelle einer konkreten Analyse der konkreten Situation eine quasi-religiöse Heilslehre setzt (wessen Befreiung, welche Auseinandersetzungen, wieso durchbrochen, wo greifbar?) nach einem klaren politischen Inhalt, nämlich der Bestimmung der Klassenkräfte, die den "Kampf um Befreiung" führen, zu suchen. Es ist nur nötig, sich seine Funktion bewußt zu machen. Er ist der ideologische Kitt, um zur "Strategie" zu kommen, die "ihre Wurzel hier hat. im existenziellen Hunger nach einem anderen Leben."

Ob diese Wurzel nun in den Existenz- und Lebensphilosophien nihilistischer (Nietzsche), religiös-mystischer (Kierkegaard) oder die Geschichte und Gesellschaft in "Seiendes" und "Wesendes" auflösender Machart (Husserl/Heidegger) liegt, mag dahingestellt bleiben; wichtig ist an dieser Stelle, daß die "Strategie", die bei diesem (trüben) Aufguss von Existenzialismus herauskommt, einfach darin besteht, "radikal sich selbst, wo man mit Guerilla, Kampf um Befreiung verbunden ist (was immer das heißt), zum Ausgangspunkt der Entwicklung des antiimperialistischen Kampfes zu machen." (siehe Zitate S.4) Das Ich, das geheimnisvolle "radikale" Wesen! Darauf kommt die Bestimmung der subjektiven Kräfte des Klassenkampfes hinaus.

Was hier als Ausgangspunkt des 'Antiimperialismus' genommen wird, ist natürlich in Wahrheit gar nicht besonders geheimnisvoll. Wenn man das Ich auf seinen realen gesellschaftlichen Kern zurückführt, zeigt sich dahinter der von Zukunftsangst heimgesuchte Metropolenkleinbürger, der angesichts der Tatsache, daß der Imperialismus in der Krise seine eigene gesellschaftliche Stellung als unproduktive Zwischenklasse untergräbt, die Vernichtung seiner freischwebenden Subjektivität zum Hauptverbrechen des Imperialismus erklärt, - und somit zum größtmöglichen Antagonismus, den die imperialistische Gesellschaftsordnung hervorbringt. Es ist die Proklamation des um seine "Freiheit" kämpfenden Metropolenobjekts zur radikalsten Negation des Imperialismus, in letzter Instanz also zur -- revolutionären Avantgarde des Klassenkampfes.

Hier liegt die Bedeutung des Subjektivismus im Mai-Papier, und darin enthalten die Liquidierung aller Prinzipien, nach denen die RAF früher ihre Bestimmung der objektiven und subjektiven Kräfte des Klassenkampfes vorgenommen hat. Erstens, die ideologische Grundlegung des Antiimperialismus wird wieder aus den Widersprüchen der (im Verhältnis zur Dritten Welt immer mehr zur Rentnergemeinschaft gewordenen) imperialistischen Metropole vorgenommen, indem den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Metropole eine "reife, umgewälzt zu werden" angedichtet wird (S.16), die in Wirklichkeit gerade nicht aus den Metropolenwidersprüchen selbst hergeleitet werden kann, sondern nur aus der Dialektik der Widersprüche, die der Imperialismus weltweit hervorgebracht hat. Zweitens, diese Widersprüche werden nicht als Klassenwidersprüche, nach

der objektiven Stellung der verschiedenen Teile der Gesellschaft im Gesamtprozeß der imperialistischen Produktion und Reproduktion aufgefaßt, sondern bloß nach der subjektiven Betroffenheit der einzelnen Individuen von der "dimension des elends", sodaß schließlich, drittens, "jeder, der aus dem ernst seiner eigenen Lage, aus seiner Geschichte, und seinem subjektiven Prozeß ... sich ... in den konkreten Kampf stellt ...", zum revolutionären Subjekt erklärt wird, "teil der revolutionären front ist." (S.5) (2)

Dagegen, daß sich jeder "in den konkreten Kampf stellt", wäre ja nichts einzuwenden, (außer, daß es immer eine äußerst verwaschene Formulierung ist) auch nichts dagegen, daß er es erstmal "aus dem ernst seiner eigenen Lage" macht. Aber die ernste Lage des vom imperialistischen Krisenmanagement - und das heißt notwendig auch: von der letzten möglichen imperialistischen Krisenlösung, der Vorbereitung eines Krieges um die Weltherrschaft - betroffenen westeuropäischen Metropolenbürgers zum entscheidenden, ja zum einzigen Kriterium der antiimperialistischen Bewegung zu machen, das läuft auf ein prinzipienloses Anbieten und Hinterherlaufen hinter jeder beliebigen Bewegung hinaus, ohne auch nur noch von ferne ihre soziale Herkunft, ihre ideologische Grundlage und ihre politischen Ziele zu hinterfragen. Es ist die Preisgabe jeder eigenständigen antiimperialistischen Position gegenüber und im Kampf gegen die autonomen, grünen, sozialimperialistischen und sozialdemokratischen Kräfte - und die Behauptung dieser Preisgabe zum neuen ideologischen Fundament des 'Antiimperialismus'.

#### VII.

Die Theorie von der "revolutionären front" stünde aber auf allzu tönernen Füßen, wenn sie bloß von dem durch die individuelle Betroffenheit ausgelösten echt hegelianischen Salto abgeleitet würde, "sich selbst in dem, was man anfängt, bis zur front des angriffs zu denken." (S.9) Dasselbe gilt für die in übelster Autonomistenmanier vorgenommene Einebnung aller polit-ökonomischen Widersprüche zwischen imperialistischer Metropole und Dritter Welt. Der Chauvinismus liegt allzu nackt vor aller Augen, wenn einfach "wir, die international unterdrückten und ausgebeuteten" (S.11) zur revolutionären Klasse erklärt werden, als gäbe es bloß noch geographische Unterschiede zwischen dem Lohnarbeiter oder Nichtarbeiter in der Metropole und dem Minen- und Plantagenkuli oder Slumbewohner in der Dritten Welt. Die "antiimperialistische front" in der Metropole muß vielmehr als Konsequenz des internationalen Kräfteverhältnisses behauptet werden; d.h. das internationale Kräfteverhältnis muß so dargestellt werden, daß aus ihm hervorgeht, wieso seit Mitte der 70er Jahre gerade in der Metropole der Kampf zur "revolutionären umwälzung der gesellschaft" (S.5) auf der Tagesordnung steht.

Damit kommen wir zur Frage, welche politischen Inhalte, welche politischen Interessen sich in dem chauvinistischen, auf die Krise der Metropolenressourcen zugeschnittenen neuen 'Antiimperialismus' der RAF niederschlagen, in welches Lager der am internationalen Klassenkampf beteiligten Hauptkräfte sich die RAF mit dem Mai-Papier stellt.

#### VIII.

Das Mai-Papier stellt die internationale Arena des Klassenkampfes so dar, als stünden sich heute folgende zwei Hauptlager gegenüber: Erstens, das Lager des USA-Imperialismus und der von ihm dominierten Staaten auf der einen Seite, zweitens, das Lager der nationalen Befreiungsbewegungen bzw. der vom USA-Imperialismus befreiten Länder, der sozialistischen Länder und der antiimperialistischen Bewegungen in den Metropolen auf der anderen Seite. Mit einem Wort, wir leben im Zeitalter der "totalität der konfrontation imperialismus/befreiung." (S.14)

(2) Nicht zufällig ist, wie sich zeigt, die autobiographische Analyse des revolutionären Antriebs zu einem Hauptinhalt der Prozeßerklärungen der RAF geworden, die immer besser in den Kram der psycho-sozialen Counterforschung paßt, aber mit der Untersuchung der gesellschaftlichen Antriebskräfte des Klassenkampfes immer weniger Ähnlichkeit hat.

Mit den zahlreichen Widersprüchen, die diese Einschätzung begleiten, und notwendig begleiten müssen, weil sie mit den Tatsachen in einen immer krasserem Kontrast gerät - , wollen und brauchen wir uns hier im einzelnen nicht auseinanderzusetzen. Allein schon die Beschreibung der politischen Situation in der BRD strotzt von schreienden Widersprüchen.

Einerseits wird die BRD-Gesellschaft als "seit generationen niedergewalzte und eingeebnete landschaft ... mit meterdicken schichten von korrumpierung, entfremdung, deformierung" (S.4) beschrieben. Das ist richtig, wenn auch diese Beschreibung, wie oben gezeigt, wesentlich auf die psycho-soziale Elends-situation des leidenden Individuums ausgerichtet ist, um die Geistesverfassung, die Ideologie des rebellierenden Kleinbürgers zum revolutionären Motor des Klassenkampfes hochzustilisieren und gerade das politisch Entscheidende ausläßt: die durch und durch formierte Verfassung und Verrechtlichung aller gesellschaftlichen Widersprüche, die selbst den bestimmten, konkreten Protest und Widerstand gegen konkrete politische Maßnahmen noch als Staatsprojekt von oben organisiert und durchdringt. (von der Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung, der Frauenbewegung, dem Volkszählungsboykott u.a. bis zu "internationalistischen" Kampagnen wie zu Nicaragua, zur Türkei usw.)

Andererseits aber bietet das Mai-Papier, gerade wo es eine politische Bestimmung der BRD-Gesellschaft versucht, ein Bild, das vielleicht auf ein 'Schwellenland' der Dritten Welt wie Türkei, Argentinien, Iran o.ä. passen könnte, aber mit der Realität der BRD nichts mehr zu tun hat. Da ist die BRD ein Land, in dem (durch die Auseinandersetzung zwischen "konterrevolutionärem projekt und widerstand") "...in die tiefe der gesellschaft ... die schärfste polarisierung und der gesellschaftlich breiteste riß ... gefolgt ist." (S.7) Da hat der Staat "...sich als unentrinnbarer apparat der gesellschaft bis in die feinsten verästelungen gegenübergestellt." (S.3) Da ist, wie schon zitiert, "der kampf um befreiung vom isolierten guerillaprojekt zur greifbaren wirklichkeit in den auseinandersetzungen des tages durchgebrochen." (S.4) Das Ganze gipfelt darin, daß im Weltmaßstab "das gesamtkräfteverhältnis aus den linien nord/süd, ost/west und staat/gesellschaft innerhalb der imperialistischen zentren zu einem zugespitzten, labilen gleichgewicht zwischen imperialismus und befreiung gebracht wurde." (S.6, alle Unterstreichungen von uns)

Angesichts dieser Beschreibung kann man eigentlich nur noch sagen: Die spinnen langsam - oder höflicher: Schön wärs! Gerade das Gegenteil ist so offensichtlich, daß man es gar nicht weiter darzustellen braucht. Es gibt in der BRD - wie in wenigen anderen Ländern der Welt - noch eine sehr stabile Herrschaft des imperialistischen Finanzkapitals; Gesellschaft und Staat bilden in der BRD noch alles andere als einen politischen Antagonismus, sie bilden, ob in der Unterdrückerrolle gegenüber den Völkern der Dritten Welt oder gegenüber dem Widerstand hier, noch eine von gemeinsamen Interessen ausgehende imperialistisch-chauvinistische breite "Front". Es gibt wahrscheinlich in der Geschichte der BRD keine andere revolutionäre Organisation oder Partei, die das so weitgehend in ihrer eigenen Praxis erfahren, analysiert und politisch darauf geantwortet hat, wie die RAF selbst. Das Mai-Papier löscht mit seiner Analyse der BRD auch und gerade die Geschichte der Rote Armee Fraktion aus, als hätte eigentlich erst nach 1977 die politisch relevante Etappe der Guerilla begonnen, in der sie zu einem Faktor "in die tiefe der gesellschaft" geworden wäre. Auch hier wird deutlich: Das, was sich heute unter dem Namen RAF organisiert, hat nichts mehr mit der eigenen politischen Geschichte gemeinsam als drei Buchstaben. Sie sind zum bloßen Etikett (und Etikettenschwindel) geworden.

## IX.

Wesentlich ist aber nicht, die Widersprüche dieser Art im einzelnen zu verfolgen, sondern die politische Linie herauszukriegen, die damit im Klassenkampf in der BRD verfolgt wird. Mit ihr müssen wir uns allerdings nicht nur "irgendwie auseinandersetzen", sondern wir müssen sie mit aller Schärfe bekämpfen.

Denn diese von einer angeblichen Konfrontation Imperialismus/Befreiung ausgehende politische Linie bietet einem "Revolutionsmodell" Vorschub, einem Konzept von "Weltrevolution", welches längst zur Propagandafunktion für ein bestimmtes weltweites, aggressives Machtinteresse geworden ist: für den sozialimperialistischen Hegemonismus der Sowjetunion. Dieses "Revolutionsmodell" behauptet als wesentlichen Faktor der heutigen Situation in der Welt, daß sowohl die Befreiungsbewegungen und vom USA-Imperialismus befreiten Länder als auch die antikapitalistischen Kräfte in den imperialistischen Ländern das "sozialistische Lager", also vor allem die "sozialistische" Sowjetunion als Hinterland hätten, und daß deshalb, wegen ihrer revolutionären Funktion für den weltweiten antiimperialistischen Kampf der Völker, die Sowjetunion vom USA-Imperialismus eingekreist, mit Vernichtung bedroht usw. usf. würde. Es behauptet weiter, daß aus diesem Grund ein zentraler Bestandteil jeder revolutionären Strategie in der BRD, überhaupt in den Ländern der Zwischenzonen zwischen der USA und der Sowjetunion sein müßte, die Sowjetunion als Protagonisten der Weltrevolution zu verteidigen, ihre Interessen im Klassenkampf zu vertreten, ihre Hegemonie im weltrevolutionären Prozeß (wenn vielleicht auch zähneknirschend) anzuerkennen.

Dieses von den Interessen des Sozialimperialismus ausgehende und als seine Außenpolitik entwickelte "Revolutionsmodell" soll die historische Tatsache auslösen - und das Mai-Papier ist ein Teil davon -, daß die Sowjetunion schon in den 50er Jahren von einem sozialistischen Land (mit allen gesellschaftlichen Widersprüchen, Klassenkämpfen, Niederlagen, die der Sozialismus einschließt) zu einem revisionistischen Land umgestürzt wurde, zu einem Land, in dem der Kapitalismus restauriert wird. Und es soll die genauso wichtige Tatsache auslösen, daß dieser Umsturz schon in den 60er Jahren von der revolutionären Internationale angegriffen wurde und zur prinzipiellen Spaltung der marxistisch/leninistischen Kräfte von den pseudo/marxistischen Kräften in allen Ländern der Welt geführt hat.

Schon damals wurde von der KP Chinas genau die Entwicklung analysiert, die sich seit Ende der 60er Jahre, spätestens seit dem Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968, abgespielt hat - und auf einer qualitativ höheren Stufenleiter seit der Niederlage der USA in Vietnam fortgesetzt hat - : Wenn in der sozialistischen Sowjetunion ein Umsturz stattfindet und die Bourgeoisie die Macht zurückerobert, dann verwandelt sie sich nicht in ein beliebiges kapitalistisches Land unter vielen anderen. Weil eine solche neue Bourgeois-Herrschaft auf der entwickelten gesellschaftlichen Grundlage des Sozialismus (vor allem: weitgehende Zentralisation und planmäßige Erfassung der ökonomischen Ressourcen und Prozesse) aufbauen kann, sich ihrer bedienen kann, sie für ihre Zwecke ausnutzen kann, verwandelt sich die Sowjetunion dann in eine aggressive imperialistische Großmacht. Sie wird nach innen unter der Form des Staatsmonopolkapitalismus einen offen terroristischen Charakter annehmen, nach außen unter der Form der "sozialistischen Bündnispolitik" einen offen kolonialistischen Charakter. Kurz, sie wird sich unweigerlich, gesetzmäßig zum Sozialfaschismus entwickeln, und das heißt zu einem Land, daß durch Unterwerfung schwächerer Länder nach Welthegeemonie strebt, also auch und gerade nach Hegemonie über die schwächeren imperialistischen Konkurrenten.

Dabei gibt ihr - national und international - das "sozialistische" Vorzeichen, ihre Berufung auf die Avantgarderolle, die die Sowjetunion seit der Oktoberrevolution in der Welt gespielt hat, einen strategischen Vorteil gegenüber allen anderen imperialistischen Ländern, besonders gegenüber dem Hauptkonkurrenten, dem USA-Hegemonismus. Sie benutzt heute das "sozialistische" Vorzeichen, um in allen Ländern und Bewegungen, die der Aggression des USA-Imperialismus unterworfen sind, ihre hegemonialen Interessen als "weltre-

volutionäre" anti-usa-imperialistische Einheitsfront durchzusetzen, und so den Befreiungsbewegungen ihre politischen und militärischen Bedingungen, den vom USA-Imperialismus befreiten Ländern ihr Staats- und Entwicklungsmodell und den spontanen Protestbewegungen in den imperialistischen Ländern den "Sozialismus" als Unterordnung unter die sowjetischen Interessen aufzuzwingen. Und um schließlich die Länder und Bewegungen, die sich ihrer Politik widersetzen, entweder direkt militärisch anzugreifen (Afghanistan, Eritrea), durch Putsche und Spaltungen zu schwächen (Äthiopien, FMLN, PLO) und dem USA-Imperialismus auszuliefern (Grenada).

## X.

Nichts davon im Mai-Papier. Oder vielmehr: das Gegenteil davon. Die USA sind "ein imperialistischer apparat, militärpolitisch aggressiv, technologisch und produktions- und organisationstechnisch hochgepuscht, mit dem ziel, wieder einzige weltmacht zu werden..." (S.15); die Sowjetunion dagegen ist ein "sozialistischer staat", der den Willen hat, "gleichwertige macht (!) zu bleiben." Dabei soll der zwielichtige Ausdruck "gleichwertig" ja genau die Frage verschwinden lassen, welchen gleichen "Wert" eigentlich diese Macht hat, was sie eigentlich für die Völker der Welt bedeutet. Indem die Sowjetunion ihren eigenen Hegemonismus als Kampf gegen den USA-Imperialismus betreibt und ihn als "weltrevolutionäres Konzept" den Völkern der Zwischenzonen - durch blutigen und unblutigen Neokolonialismus in der Dritten Welt, durch politischen und militärischen Druck in der Zweiten Welt - aufzuzwingen begonnen hat, besteht ihre Gleichwertigkeit darin: Sie ist für die Völker der Welt ein genauso gefährlicher Feind geworden, wie der USA-Imperialismus. (Und weil sie die Tradition des Leninismus seit dem Zusammenbruch der internationalen antirevisionistischen Polemik wieder ungeniert ausbeuten kann, sogar der gefährlichere.)

Die RAF erhebt aber im Mai-Papier dieses "weltrevolutionäre" Konzept zur Linie des Antiimperialismus in der BRD und wird so zur direkten politischen Agentur des SU-Hegemonismus, also selbst zu einem Teil der sozialimperialistischen Einheitsfront, die sich zur globalen Konfrontation mit dem USA-Imperialismus auf dem Rücken der Völker gebildet hat.

Unter diesem Aspekt wird auch erst die politische Bedeutung der angeblichen "reife der metropole für die umwälzung" klar, welche die RAF im Mai-Papier behauptet. Denn tatsächlich spielt die Konfrontation in und um Europa für beide rivalisierende Hegemonialmächte eine zentrale Rolle. Tatsächlich hat die Gesellschaft der BRD, von den verschiedenen Fraktionen des Finanzkapitals und ihren politischen Vertretern bis zu den aktuellen Strömungen der Linken längst begonnen, sich genau an dem hegemonialen Widerspruch zu polarisieren, und dies umso mehr, je weiter die ideologische, ökonomische und politische Formierung der BRD von Seiten des USA-Imperialismus vorangetrieben wird und sich gegen diese Formierung - nicht nur zum potentiellen Kriegsteilnehmer, sondern vor allem zum potentiellen Schauplatz und Kanonenfutter, kurz zur atomaren Geisel im hegemonialen Kampf um Europa - Widerstand entwickelt.

In dieser politischen Situation, in der die Hauptaufgabe in der BRD ist, einen möglichst starken, d.h. politischen klaren antihegemonialen Widerstand zu entwickeln und zu organisieren, bedeutet die Linie der RAF, daß sie sich direkt der einzigen historischen Perspektive entgegenstellt, die den europäischen Völkern - und nicht nur ihnen - einen Ausweg aus ihrer Bedrohung durch den Hegemonismus eröffnen kann. Denn die RAF propagiert im Mai-Papier die "revolutionäre umwälzung" in der BRD eindeutig und ausschließlich als Kampf gegen die USA-Militärmaschine und stellt sich darin ebenso eindeutig und ausschließlich auf die andere Seite der hegemonialen Auseinandersetzung, auf die Seite der Sowjetunion, ergreift für sie Partei propagiert ihre imperialistische Rivalität als sozialistische, antiimperialistische Strategie.

## XI.

Die Völker der Dritten Welt müssen versuchen, die Rivalität im Lager der beiden Hauptfeinde auszunutzen, um sich durch taktische Bündnisse mit dem Feind ihres unmittelbaren Feindes Spielraum zu verschaffen, - obwohl diese



Bündnisse sie immer stärker in Gefahr bringen, ihre nationale Befreiung von dem einen Unterdrücker mit neuer nationaler Abhängigkeit und Unterdrückung durch den anderen zu erkaufen.

Auch das Mai-Papier ist - trotz der angeblichen "totalität der konfrontation imperialismus/befreiung" - gezwungen, diese "stagnation des globalen befreiungsprozesses" (S.13) anzuerkennen. Sie ist offensichtlich. Aber sie hat nichts damit zu tun - wie die RAF behauptet - daß "befreiungsbewegungen staaten geworden sind", also "den zwingen staatlicher entwicklung unterworfen" sind und "sich noch auf das vom imperialismus bestimmte system der staaten beziehen müssen." (S.14) Hier kommt ein weiterer Aspekt des Anti-Leninismus im Mai-Papier hervor, der verräterische Parallelen mit den Theorien von der "begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten" und der "internationalen sozialistischen Arbeitsteilung" aufweist, mit denen Breschnew die Aggressionen der Sowjetunion gegen die Länder der Zwischenzonen rechtfertigte und damit das unverzichtbare Recht auf nationale staatliche Loslösung der unterdrückten Nationen liquidierte, für das Lenin und die Dritte Internationale gegen alle Sozialchauvinisten erbittert gekämpft haben.

Der Anti-Leninismus des Mai-Papieres ist eigentlich nur mit der Frage zu kontern: Wie sollen die kolonisierten Völker und Nationen, die sich vom Imperialismus befreien wollen, ihre Entwicklung sonst organisieren, wenn nicht als Staaten?! Sollen sie vielleicht gleich den Sprung von der jahrhundertelangen Vernichtung ihrer sämtlichen materiellen und geistigen Lebensgrundlagen zur kommunistischen Gesellschaft machen, in der allerdings der Staat im eigentlichen Sinn abgestorben ist. (nach der prinzipiellen Bestimmung von Marx/Engels in der Polemik gegen das Gothaer Programm.)

Nicht, daß die Befreiungsbewegungen sich als "junge nationalstaaten" konstituieren, ist ihre Schwäche, sondern daß sie sich auf keine international organisierte antihegemonistische Einheitsfront - und das schließt ein: auf keine sozialistischen Staaten - mehr beziehen können, vielmehr nur darauf, welche Seite der hegemonialen Rivalität ihnen aktuell weniger gefährlich ist.

Die (schwindende) Möglichkeit der Befreiungsbewegungen, sich taktisch auf den Feind ihres Feindes zu stützen, hat der Antihegemonismus in der BRD prinzipiell nicht. Denn die Völker der untergeordneten imperialistischen Länder stehen in einem qualitativ anderen gesellschaftlichen Verhältnis zum Hegemonismus der beiden Großmächte als die Völker der Dritten Welt. Für die Völker der Dritten Welt fallen als ihr Hauptwiderspruch Imperialismus und Hegemonismus insofern zusammen, als bei ihnen der Kampf gegen ihre unmittelbare Hegemonialmacht objektiv immer bereits antiimperialistischen Charakter hat. In ihm wird notwendig immer der gesellschaftliche Grundwiderspruch Imperialismus/unterdrückte Völker angegriffen. Anders in den imperialistischen Submetropolen. Hier wird der Kampf gegen die unmittelbar herrschende Hegemonialmacht nur dann zu einer Schwächung der gesellschaftlichen Grundlagen des Hegemonismus führen, wenn er nicht als Reserve der anderen Hegemonialmacht, d.h. als Unterordnung unter eine alternative Variante von imperialistischer Ausbeutung der Welt geführt wird, sondern als Kampf gegen beide Hegemonialmächte. Ein Kampf gegen den USA-Imperialismus, der sich - wie im Mai-Papier entwickelt - auf die "sozialistische" Staatenkette der Sowjetunion bezieht (auch wenn er sich als taktisches Bündnis aus gibt), hat den Charakter von Antiimperialismus verloren, wird vielmehr selbst zum imperialistischen Konzept, welches unter "sozialistischem" Vorzeichen, unter politischer Hegemonie der Sowjetunion das grundlegende Verhältnis der Ausbeuterten gegenüber den Ausbeuteten auf neuer Grundlage fortsetzt.

## XII.

So wird schließlich auch die (versteckte) politische Bedeutung erkennbar, daß und warum im Mai-Papier der neue 'Antiimperialismus' plötzlich auf die "soziale revolution hier" (S.14) und gar auf den "umbruch der gesellschaft zu den kommunistischen zielen" (S.16) ausgerichtet wird.

Es ist schon an sich, angesichts des Desasters der 68er Bewegung, die mit den Programmen der verschiedenen Partisekten zur "sozialistischen Revolution

in der BRD" übergegangen ist, eine nicht zu rechtfertigende politische Spielerei, heute in der BRD ohne die geringste inhaltliche Bestimmung und Abgrenzung einfach den "Sozialismus" wieder aus der Tasche zu ziehen und zum Programm zu machen. Wir brauchen dieser Spielerei auch nicht dadurch irgendein Gewicht zu geben, daß wir eine inhaltliche Diskussion darüber anfangen, welche Klasse eigentlich diesen "Sozialismus" erkämpfen, wie eigentlich die Diktatur des Proletariats in der BRD aussehen würde usw. usw. Eine Sozialismusdiskussion dieser Art ist heute nur lächerlich. In der BRD ist nicht die soziale Revolution die nächste Etappe des Klassenkampfes, die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, Enteignung und Vergesellschaftung der Produktionsmittel usw.... Wenn hier programmatisch überhaupt von Revolution gesprochen werden muß, dann ist die nächste Etappe eine politische Revolution und ihr Inhalt ist der Kampf gegen die imperialistische und sozialimperialistische Hegemonie über alle Völker der Welt und gegen die Unterordnung und Einbeziehung der BRD in die eine oder andere konterrevolutionäre Allianz. Dieser Kampf gegen die Hegemonialmächte und ihre Stützen in der BRD-Gesellschaft muß zu Ende geführt werden bis zu ihrem Sturz; und er braucht allerdings ein Programm, aber das ist kein sozialistisches Programm, sondern ein Programm des antiimperialistisch zu führenden Antihegemonismus.

Nur in einer Hinsicht ist der "Sozialismus" und "Kommunismus" des Mai-Papiers keine Spielerei; denn er bietet auf der chauvinistischen ideologischen Grundlage des neuen 'Antiimperialismus' als Ausrichtung und "Lösung" des Klassenkampfes in der BRD einen weißen Sozialismus an, der den Interessen des Sozialimperialismus brüderlich entgegenkommt, weil er genau seinen gesellschaftlichen Grundlagen entspricht.

Die Arbeiterklasse in der BRD könnte, wenn sie dem "Sozialismusprogramm" des Mai-Papiers folgen würde, sich problemlos einer Gesellschaftsordnung nach sowjetischem Muster anschließen. Denn dieses Programm greift einerseits ihre Existenz als Teilnehmer an der imperialistischen Ausbeutung der Dritten Welt an keiner Stelle mehr an, im Gegenteil, es erklärt die Kämpfe in allen Ländern einfach zu "verschiedenen abschnitten einer einzigen front" (S.6); andererseits stellt es dem bei der Bewältigung seiner Widersprüche von einer politischen Sackgasse in die andere schlingernden usa-imperialistischen Herrschaftssystem eine politische und soziale Alternative gegenüber, die für die BRD-Bevölkerung umso attraktiver werden muß, je mehr sie mit der Bedrohung verbunden wird, daß andernfalls bloß noch das atomare Black-Out für sie übrig bleibt. Längst haben auch die alten Agenturen des Sozialimperialismus in der BRD, die 'Kommunisten' und 'Sozialisten' verschiedener Couleur, aufgehört, den Sozialismus bloß als abgedroschene "antimonopolistische Demokratie" anzupreisen und propagieren ihn militant als Kampf gegen USA-Imperialismus und NATO. In dieses Bündnis paßt sich die RAF mit dem Mai-Papier nahtlos ein, wenn sie ihrerseits dem "befreiungskrieg" (S.6) gegen NATO und USA-Imperialismus einen Sozialismus unterschiebt, der als politische Substanz hinter allen Phrasen nur noch die Diktatur der weißen Arbeiterklasse über die Völker der Welt enthalten kann.

## XIII.

Die ersten Kader der RAF haben den Namen "Rote Armee Fraktion" nicht zufällig gewählt. Sie drückten mit dem Namen aus, daß ihre Politik in der weltrevolutionären Kontinuität der Oktober-Revolution begriffen und ihr verpflichtet waren; zweitens, daß sie ihr Konzept des bewaffneten antiimperialistischen Widerstandes in der Metropole nur im Zusammenhang mit der (freilich schon im politischen Abwind befindlichen) revolutionären Massenbewegung, nur als eine Fraktion der Totalität des antiimperialistischen Kampfes in der BRD entwickeln wollten.

Sie übernahmen notwendig eine Avantgarde-Funktion, weil die große Mehrheit der 68er Bewegung sich bereits auf den "langen marsch durch die Institutionen" bzw. in den Schoß der weißen Arbeiterklasse begeben hatte, um den Preis des (stückchenweisen) Ausverkaufs der beiden Elemente, die gerade ihre historische Sprengkraft ausgemacht hatten: des proletarischen Internationalismus und des kulturrevolutionären Angriffs auf alle vom Imperialismus formierten gesellschaftlichen Strukturen.

Die RAF behielt ihren Namen zu Recht, auch als die 68er Massenbewegung endgültig gescheitert war und sie nicht mehr als Fraktion von dieser handelte, weil sie damit ihre eigene Linie und ihren Anspruch an alle Revolutionäre manifestierte, und weil sie immer noch real in der Metropole BRD eine Fraktion der antiimperialistischen Einheitsfront der Völker darstellte.

Das Recht, den Namen RAF in diesem Sinn für sich zu reklamieren (und sich damit die politische Kontinuität des antiimperialistischen Kampfes gewissermaßen unter den Nagel zu reißen) haben die Autoren des Mai-Papiers endgültig verloren. Die RAF ist tot, aber die Inhalte und die Geschichte ihres Kampfes werden weiterbestehen, wenn solche 'Nachfahren' längst auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet sind.

## AMNESTIE UND GRUSSAKTION - ZWEI SCHUHE, DIE IM GLEICHEN SUMPF STECKEN

Die Friedensbewegung und mit ihr die Fraktionen, die sich nur durch ihre Militanz von ihr abgrenzten, ohne einen Bruch mit ihren ideologischen Grundlagen zu vollziehen ('Antiimperialisten' und Autonome), haben der Zurichtung der BRD-Gesellschaft für einen hegemonialen Krieg nicht nur nichts entgegengesetzt, sondern mit ihrer Politik die Interessen der beiden Hegemonialmächte betrieben. Mit ihrer Sabotage an der politischen Aufgabe, den antihegemonialen Massenwiderstand zu organisieren, hat sich die reaktionäre Polarisierung der BRD-Gesellschaft - d.h. ihre Aufspaltung in die Bewahrer und Reforme der us-imperialistischen Hegemonie einerseits und diejenigen, die diese Unterordnung bekämpfen, sich dabei aber politisch und ideologisch auf den Sozialimperialismus stützen, andererseits - weiterentwickelt und verschärft. (vgl. AIK Nr.2, Antiimperialismus und Friedensbewegung)

Nach diesem Ergebnis der Friedensbewegung ist klar: Alle politischen Bewegungen und die von ihnen getragenen Kampagnen sind heute daran zu messen, ob sie mit ihrer Ideologie und Politik diese Polarisierung bekämpfen oder ob sie zur Stärkung der beiden Allianzen beitragen und damit zum Träger des Hegemonismus werden.

In diesem Zusammenhang ist es für uns notwendig geworden, uns mit den beiden Kampagnen auseinanderzusetzen, die für sich beanspruchen, politische Orientierung für die BRD-Linke sein zu können: Amnestie und Grußaktion.

1.  
Die Amnestie-Kampagne von Pohrt (1) erklärt den antiimperialistischen Kampf in der BRD als gescheitert und leitet daraus die Forderung nach Freilassung der Gefangenen aus dem antiimperialistischen Widerstand ab. Daß sie von Pohrt initiiert wurde, ist sicher nicht zufällig. Pohrt war einer derjenigen, die während des Libanon-Krieges 1982 offen die psychologische Kriegsführung des Mossad in Westeuropa betrieben. Er denunzierte die Kritik am Zionismus als versteckten und offenen Antisemitismus und forderte mit der Zuweisung einer "kollektiven Erbschuld" aller Deutschen an den Verbrechen des deutschen Faschismus gegen die jüdische Bevölkerung von der Linken die offene Anerkennung des Existenzrechts "Israels".

Damit sprach er dem palästinensischen Volk das Recht auf nationale Selbstbestimmung und staatliche Souveränität ab. Die westdeutsche 'Linke', die bereitwillig auf Pohrts Gleichung 'Antizionismus = (nicht überwundener) Faschismus' einging und Pohrt darin akzeptierte, daß die Lösung der nationalen Frage in Deutschland zwangsläufig immer faschistisch sein müßte (2), nahm nicht zur Kenntnis, worin der 'Antifaschismus' eines Pohrt (wie er in einer Reihe von Publikationen zum Ausdruck kommt) und der Faschismus ihre gemeinsame Grundlage haben: im imperialistischen Welt hegemonismus, der die Negation der Nation überhaupt ist.

Auf dieser Grundlage basiert Pohrts Amnestie-Kampagne. Er versucht die Abrechnung mit denjenigen zu betreiben, die in den 60er und 70er Jahren ihren Kampf unter die Hegemonie der Befreiungskämpfe der Völker gegen den USA-Imperialismus stellten und als Teil dieser Einheitsfront den antiimperialistischen Kampf in der BRD organisierten. Pohrts Ziel ist, die öffentliche Liquidation der Geschichte und der ideologischen Grundlagen antiimperialistischer Politik, indem der antiimperialistische Kampf zum historischen Fehler

(1) taz, 3.1.1984

(2) "Linksradikalismus und nationaler Befreiungskampf", taz, 3.8.1982

derjenigen erklärt wird, "die den Protest gegen den Vietnamkrieg etwas zu wörtlich genommen haben" (3) Insofern ist Pohrts Amnestieaufruf auch nur die Fortsetzung jener Kampagnen der weißen Linken, die an den Wendepunkten ihrer Geschichte jeweils an die Existenz der politischen Gefangenen erinnerte, (4) mit dem Ziel, deren revolutionäre Identität zu liquidieren, um den Kompromiß, den sie selbst mit dem Imperialismus geschlossen hatte, nun auch in eine 'positiv bestimmte Politik' für ihn umzusetzen.

Sie ist die Neuauflage der TAZ-Amnestiekampagne 1978, als die Linke aufgefordert wurde, den antiimperialistischen Kampf für beendet zu erklären und stattdessen mit 'selbstbestimmten Alternativprojekten' den Imperialismus von innen her zu reformieren.

Heute dient die Amnestiekampagne dazu, denjenigen, die aus der sich zersetzenden antiimperialistischen Bewegung heraus eine neue Orientierung suchen, ein gesellschaftliches Reformkonzept anzubieten, daß die Unterordnung der BRD unter die US-Hegemonie 'demokratisch' und 'gewaltfrei' gestalten will. Sie ist der Versuch der Formierung eines Bündnisses zwischen diesen Kräften und der Sozialdemokratie, Teil des sozialdemokratischen Krisenmanagements der 80er und 90er Jahre. Dazu ist diese Form der Vergangenheitsbewältigung - wie Pohrt sie betreibt - notwendig: den Kampf für beendet erklären, "wenn Sieger und Besiegte feststehen" (5), die Versöhnung zu fordern, um gemeinsam neu zu beginnen:

"Amnestie wird gerade zum Erfordernis gesellschaftlicher Selbstbefreiung von Schuld, wenn wir überzeugend verdeutlichen können, daß die Verfolgung des Terrorismus verdächtiger Täter, bis heute die Demokratie für alle geschwächt und die Chancen gewaltförmiger Konfliktlösung verstärkt und nicht vermindert haben. ... Erosionsprozesse sind möglich und nötig. Und solche Prozesse werden nur in Gang kommen, wenn endlich auch in Sachen Amnestie begonnen wird, die Fähigkeit zu trauern in dieser Gesellschaft, sprich Vergangenheit wie den 'Deutschen Herbst' aktiv aufzuarbeiten, zu verstärken." (6)

(3) "Vorschlag: Amnestiekampagne", taz, 3.1.1984

(4) "Objektiv also ist die Zeit für eine Amnestie reif. In dieser Situation mögen sich verschiedene Leute an verschiedenen Dinge erinnern: Die Arrivierten an die Zufälle, denen es mancher verdankt, daß ihn seine Laufbahn nicht nach Stammheim, sondern nach oben führte; (...) die neuen Patrioten gleich an mehrere Dinge: Zunächst sind die Gefangenen Landeskinder. Dann haben sie gegen die neuerdings als Besatzer gescholtenen US-Truppen gekämpft. Ihnen wird ein moralischer Rigorismus nachgesagt, der angeblich zu den hervorstechenden Zügen des Nationalcharakters zählt. Schließlich haben sie das Bild des Landes entscheidend mitgeprägt: die stärkste Ökologiebewegung, die breiteste Friedensbewegung, die professionellste Guerilla. Und wenn man schon dabei ist, Verständnis für die deutsche Geschichte aufzubringen und sich mit ihr zu identifizieren: warum im Jahr 1945 damit aufhören; warum Verständnis nur für die braunen Eltern und nicht auch für unsere Genossen aus jener Zeit, da wir Che Guevara lasen? (...) Was folgt daraus? Viel Arbeit. Man braucht

1. einen Kongreß, der die Existenz der Gefangenen überhaupt erst wieder ins Bewußtsein und ins Gespräch bringt. Der 8. Mai wäre kein schlechtes Datum.
2. Journalisten, die vom Frieden genug haben und ein anderes Thema recherchieren und darüber schreiben. Was ist aus den Gefangenen geworden? Wie viele sind es? Wie sind ihre Haftbedingungen?"

"Vorschlag: Amnestiekampagne", taz, 3.1.1984

(5) "Vorschlag: Amnestiekampagne", taz, 3.1.1984

(6) Wolf-Dieter Narr/Klaus Vack, taz, 12.3.1984

Ihre politische Aufwertung erhielt die Amnestie-Kampagne dann dadurch, daß sich ihr zwei Gefangene aus der RAF (G. Schneider und Lu. Wackernagel) angeschlossen und die Niederlage der antiimperialistischen Bewegung in der BRD feststellten:

"Was soll also das anhebende Gezeter um das in der Tat "unzweifelbare Faktum" der Niederlage der militanten Linken und des bewaffneten Kampfes - eine Niederlage, die sich darin darstellt, daß weder die Linke gesiegt hat, noch daß ein Sieg oder auch nur annähernd die Macht, einen solchen zu erringen, in Sicht wäre und daß schließlich auch niemand mehr nur irgend auszumachen weiß, wo ein Sieg denn noch herauskommen sollte." (7, Hervorh. d. Red.)

Ausgehend von dieser Feststellung richten sie ihre Kritik dagegen, daß der 'neue Antiimperialismus' politische Strategie durch Militanz ersetzt hat und jede politische Auseinandersetzung mit dem BRD-Staatsapparat zum militärischen Angriff erklärt, der hier die Machtfrage stellt; eine Politik, wie sie zuletzt in Krefeld sichtbar geworden ist.

Dieses war von Anfang an unsere Kritik an den 81er 'Antiimperialisten' (8), als wir noch davon ausgingen, 'Abweichungen' auf einer gemeinsamen politischen Grundlage korrigieren zu können.

Zwar sind wir allgemein mit Schneider und Wackernagel der gleichen Meinung, daß es notwendig ist, aus einer Niederlage der antiimperialistischen Bewegung politische Konsequenzen zu ziehen. Voraussetzung dafür aber ist, die Ursachen dieser Niederlage zu analysieren und dabei an der ideologischen und politischen Grundlage des antiimperialistischen Kampfes festzuhalten - an der Hegemonie der unterdrückten Völker und Nationen der Dritten Welt in diesem Kampf - und darauf basierend eine antiimperialistische Strategie zu entwickeln.

Genau das machen Schneider/Wackernagel nicht. In ihrem Artikel "Ein Platz an der Sonne" (9), in dem sie ihre Unterstützung für die Amnestie-Kampagne begründen, betreiben sie eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des antiimperialistischen Kampfes, die diese Grundlage zerstört:

Für sie existiert der Kampf der RAF bis 1977, der von dem grundlegenden Widerspruch im Imperialismus zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen ausging und daraus die politische Strategie des antiimperialistischen Kampfes in den Metropolen entwickelte, nicht mehr. Denn die politische Strategie der RAF reduziert sich für sie auf eine rein subjektivistische Identifikation mit den kämpfenden Befreiungsbewegungen, die dann die Bedingung dafür sein sollte, in den Metropolen den Kampf mit dem Ziel der "völligen Umwälzung" zu führen.

Ausgehend von dieser politischen Bestimmung (die vielleicht die von Schneider und Wackernagel gewesen sein mag, jedoch nicht die der RAF bis 1977 war) wird als Ursache der Niederlage des Antiimperialismus abgeleitet, daß sich die "Befreiungsbewegungen in Regimes verwandelten" oder eine Niederlage erlitten, "wodurch die Identifikationsmöglichkeit in der Weise verloren ging, daß die Bedingung sich zersetzte, auf der der Kampf basierte, und so das Bild, die Vorstellung des Ziels, wie sie mit der Hoffnung auf die Befreiungsbewegungen verbunden war, sich gleichermaßen aufzulösen begann, nachdem nirgends Freiheit konstituiert werden konnte, sondern nur das erzwungene Arrangement mit dem Imperialismus übrig blieb." (10)

(7) Gert Schneider: Was Sie schon immer von der RAF wissen wollten, aber sich nie zu fragen getraut haben", taz, 31.1.1984

(8) Zum Begriff 81er 'Antiimperialisten' vgl. AIK Nr. 1 und Nr. 2

(9) taz, 7.5.1984

(10) Schneider/Wackernagel: "Ein Platz an der Sonne", taz, 7.5.1984

Hier findet sich eine Vorstellung wieder, die typisch für die Mystifizierung der Befreiungsbewegungen durch eine metropolenbormierte Linke ist: die Erwartung, daß der nationale Befreiungskampf der Völker gleich eine sozialistische Gesellschaftsordnung mit hervorbringt; daß sie also aus der Geschichte ihrer jahrhundertelangen Unterdrückung den Sprung ins 'Reich des Kommunismus' machen, damit sie weiterhin der Metropolenlinken als Identifikationsmöglichkeit zur Verfügung stehen. Ad acta gelegt wird damit die Tatsache, daß die nationalen Befreiungskämpfe Teil der sozialistischen Weltrevolution sind und nicht erst dann dazu werden, wenn sie den Sozialismus verwirklicht haben.

Nicht die "verlorengegangenen Identifikationsmöglichkeiten" und die "aufgelösten Hoffnungen" durch die Verwandlung der Befreiungsbewegungen in "Regimes" sind die Gründe für die Niederlage der antiimperialistischen Bewegung in der BRD, sondern die Tatsache, daß

1. nach dem Zusammenbruch der Einheitsfront der Völker gegen den USA-Imperialismus heute den Völkern zwei Hegemonialmächte gegenüberstehen, die um die Weltherrschaft ringen und
2. die Auseinandersetzung zwischen USA-Imperialismus und Sozialimperialismus von den 81er 'Antiimperialisten' uminterpretiert wurde zur Auseinandersetzung zwischen Revolution und Konterrevolution.

Wer nicht den Kampf gegen beide Hegemonialmächte führt, dem bleiben letztendlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder wird die ungebrochene Kontinuität des Kampfes gegen den USA-Imperialismus behauptet und die Sowjetunion zum Bündnispartner in diesem "weltweiten Kampf um Befreiung" erklärt (wie es die 81er-Antiimperialisten machen) oder man kommt zu dem Schluß:

"Einmal mehr hat sich erwiesen, daß der Krieg gegen den Imperialismus allein noch nicht die Emanzipation zum neuen Menschen, also die Befreiung noch nicht die Freiheit mit sich bringt." (11)

Damit wird die Emanzipation des Menschen aus ihrer konkreten historischen Bedingung: aus der Epoche der sozialistischen Weltrevolution herausgelöst und der antiimperialistische Kampf im Namen einer "Emanzipation" an sich zum Fehler erklärt, den es heute zu korrigieren gilt. So sabotieren Schneider und Wackernagel die politische Aufgabe der Antiimperialisten, den antihegemonialen Massenwiderstand in der BRD zu organisieren und darin den Kampf um die antiimperialistische Orientierung zu führen. (Nur in diesem Zusammenhang könnte überhaupt eine Amnestie-Kampagne diskutiert werden - nicht als Verrat und als Kollaboration mit einer Fraktion des Finanzkapitals - sondern auf der Grundlage des Massenwiderstands gegen die Zurichtung der BRD-Gesellschaft für einen hegemonialen Weltkrieg.)

Indem Schneider und Wackernagel sich Pohrts Begründung einer Amnestie-Kampagne und seinen hegemonialen Standpunkt zu eigen machen, schließen sie ihren Kompromiß mit dem Staatsapparat der BRD. Sie fordern ihre Integration in die Reihen derjenigen, die sich vom Befreiungskampf der Völker abgekoppelt haben: das imperialistische Kleinbürgertum. D.h., ihnen geht es nicht um eine Auseinandersetzung über den Niedergang der antiimperialistischen Bewegung, wie man es noch Äußerungen entnehmen konnte, die vor der Amnestie-Kampagne von ihnen kamen. Durch ihr freiwilliges Erscheinen im Boock Prozeß auf Initiative der Bundesanwaltschaft, durch ihre denunziatorischen Aussagen über die "Struktur der RAF", die genau der Staatsschutzstrategie entsprechen, verkehren sich ihre ursprünglichen Ansätze richtiger Kritik an den Erscheinungsformen des neuen 'Antiimperialismus' in eine Bestätigung für die neuen 'Antiimperialisten', die die Liquidierung des Antiimperialismus der RAF der 70er Jahre für ihre offen sozialimperialistische Linie benötigen. Denn angesichts

(11) Schneider/Wackernagel: "Ein Platz an der Sonne", taz, 7.5.1984

des deals, den Schneider und Wackernagel eingegangen sind, wird es den 81er 'Antiimperialisten' erleichtert, die politische Auseinandersetzung, die um eine neue Strategie des antiimperialistischen Kampfes geführt werden muß, als 'Staatsschutzpolitik' zu denunzieren und ihre politische Strategie, wie sie sich heute in der "Grußaktion" manifestiert, fortzusetzen.

2. Die Aktion "Grüße an politische Gefangene" (12), deren erklärtes Ziel "Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand" und "freie politische Information und Diskussion für alle Gefangenen" ist, steht in Kontinuität der Politik, die sich im Hungerstreik 1981 durchsetzte. In dieser Politik war der Übergang von einer antiimperialistischen Bewegung, die sich trotz ideologischer Unklarheiten am grundlegenden Widerspruch im Imperialismus zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen orientierte und daraus die politische Strategie des Kampfes in den Metropolen ableitete, zu einer sozialchauvinistischen Bewegung zu erkennen, die sich abgekoppelt von diesem Widerspruch ihre politische Strategie an den Widersprüchen ausrichtete, die der Imperialismus in der Weltwirtschaftskrise in den Metropolen hervorbringt.

Dieses Hinüberwachsen manifestierte sich im Hungerstreik 81 in zwei Erscheinungsformen:

- in der Liquidation der Forderung nach einem Haftstatut, das den Mindestgarantien der Genfer Konventionen entspricht und
- der damit verbundenen Fühwendung zur weißen Linken.

Im Hungerstreik war die Forderung nach einem Haftstatut, das den Mindestgarantien der Genfer Konventionen entspricht, nur noch formal Bestandteil der Hungerstreikerklärung der Gefangenen aus der RAF. Sie leiteten diese Forderung nicht mehr aus einem völkerrechtlich begründeten Widerstandsrecht ab, sondern nur noch aus der Reaktion des Staatsapparates gegen die Gefangenen aus der Guerilla.

"in den gesamten maßnahmen gegen uns gibt es nichts zweideutiges: wir sind kriegsgefangene mit geiselstatus." (13) Als Ziel des Hungerstreiks wurde formuliert: "... sind wir entschlossen, die trennung zu durchbrechen und uns bedingungen für kollektive lern- und arbeitsprozesse zu erkämpfen, um als menschen zu überleben." (13)

In dieser Zielbestimmung wurde das opportunistische Zurückweichen vor einer Bewegung sichtbar, die ihren 'kampf für lebensbedingungen' in den Metropolen führte. Die Forderung nach Anwendung der Genfer Konventionen (GK) wurde während des Hungerstreiks sowohl von den Gefangenen als auch von den 81er 'Antiimperialisten' reduziert auf die Forderung nach "Zusammenlegung der politischen Gefangenen". In dieser Forderung versinnbildlichte sich die neue Strategie des 'antiimperialistischen' Kampfes: Das prinzipienlose Zusammenkommen - sprich Verschmelzen - der Antiimperialisten mit den sozialen Bewegungen: "wir kämpfen hier draußen mit unseren mitteln für ein freies kollektives leben und das kann hier nur heißen: widerstand. die gefangenen kämpfen in den knästen mit ihren mitteln. es sind dieselben ziele und inhalte desselben kampfes gegen diesen staat." (14)

Als während des Hungerstreikes die Genfer Konventionen von einzelnen Gefan-

(12) Aufruf: Grüße an politische Gefangene, in: Info Nr. 14 Angehörige von Politischen Gefangenen in der BRD

(13) Hungerstreikerklärung der RAF, 1981

(14) Flugblatt aus Hamburg, März 1981

genen als "überholt" erklärt wurden, weil "sie uns langfristig von jedem sozialrevolutionären ansatz in der BRD trennt, wie er heute im keim einer sozialen bewegung sichtbar wird." (15) waren die 81er 'Antiimperialisten' nicht mehr in der Lage, sich von dieser Auffassung zu distanzieren. Denn diese Position war bereits zum politischen Inhalt des gesamten Hungerstreiks geworden. Die 81er 'Antiimperialisten' analysierten die sozialen Bewegungen, auf die sich Wisniewski bezieht, nicht als einen Ausdruck der Widersprüche, die die Formierung Westeuropas zur Vorbereitung eines hegemonialen Krieges zwangsläufig hervorbringt. Aus ihren Widersprüchen zum imperialistischen Staatsapparat erklärten sie vielmehr sich selbst und den militanten Teil dieser neuen sozialen Bewegungen zur Kriegspartei und propagierten in diesen Bewegungen den Befreiungskrieg gegen den USA-Imperialismus:

"wenn die gefangenen jetzt zusammen gegen ihre vernichtung im knast kämpfen, ist das auch unser kampf. die schweine führen ihren krieg in der türkei, in el salvador und auch hier gegen den widerstand. als wir vor zwei wochen gegen den us-völkermord in el salvador demonstrierten und die steine gegen deutsche banken geflogen sind, haben wir ausgedrückt, daß für uns solidarität mit dem befreiungskampf in el salvador heißt, den staat und die yankees hier anzugreifen und uns hier zu befreien." (16, Hervorh. d. Red.)

Der militante Anti-amerikanismus der 81er 'Antiimperialisten' verschmolz im Hungerstreik mit den Interessen der weißen Linken, die ihre bisher durch den USA-Imperialismus garantierte Sicherheit durch seine immer wirkungsloser werdende Abschreckungspolitik gegen den erstarkenden Sozialimperialismus schwinden sah und nach einer Alternative Ausschau hielt, die ihnen den bisherigen Status Quo - d.h. ihre bisherigen materiellen Privilegien als Metropolenkleinbürger garantieren kann. Von daher bekämpften die 81er 'Antiimperialisten' diese weiße Linke und ihre Friedenspolitik nicht mehr als Teil und Träger einer Unterdrückernation, sondern erklärten ihre kämpfe für lebensbedingungen vorbehaltlos zum Teil des weltweiten Befreiungskrieges gegen den USA-Imperialismus, als gleichwertig mit den Kämpfen der Völker der Dritten Welt und vereinigten sich auf dieser chauvinistischen Grundlage mit ihr.

Konsequent weiterdenkend erklärten die 81er 'Antiimperialisten' den Hungerstreik zu ihrem politischen Sieg: "trotzdem wurde dieser hungerstreik draußen politisch so aufgegriffen wie noch kein hungerstreik zuvor. die militanten angriffe hatten nicht nur einrichtungen und personal der justiz zum ziel, sondern waren auch angriffe, die direkt gegen den us-imperialismus gingen, ebenso wie gegen verantwortliche in den medien und gegen die spd." (17)

Genau damit denunzierten sie auch den Hungerstreik 1979, in dem es darum ging, Ziele und Inhalte antiimperialistischer Politik gegen die metropolenorientierte Linke zu verteidigen. Der Hungerstreik 1979 war ein politischer Angriff auf die Direktwahlen zum europäischen Parlament. Er richtete sich gegen die Legitimierung des 'Modell Deutschland' der Sozialdemokratie durch die Bevölkerung Westeuropas.

- (15) Stefan Wisniewski: "Zwei Fragmente als 'Ankündigung' zur gemeinsamen Bestimmung einer neuen Etappe", Arbeiterkampf, Mai 1981  
(16) Flugblatt zum Hungerstreik 1981  
(17) vorwort zum protokoll über die verhandlungen zwischen den anwältin der gefangenen aus der raf und justizminister schmude, vertreten durch einen vermittler, die am 15./16. april stattgefunden haben und zum abbruch des hungerstreiks am 16. april 1981 führten

"Unsere Hungerstreiks richten sich gegen die fortdauernde und perfektionierte Isolation als Teil der staatlichen Vernichtungsstrategie gegen die Gefangenen aus den bewaffnet kämpfenden antiimperialistischen Gruppen. Deutlichster Ausdruck dieser Strategie ist jetzt das Projekt von Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt, Staatsschutz und Landesjustizbehörden, uns in Spezialzellen zu isolieren, bei denen Erfahrungen aus 8 Jahren Isolationsvollzug verarbeitet und baulich umgesetzt worden sind, geräuschisolierte Betonbunker mit Fenstern aus Panzerglas. Die Einrichtung dieser Vernichtungsmaschinerien ist die Konsequenz des Staates aus der Erkenntnis, daß die Gefangenen mit den bisherigen Isolationsmethoden nicht zu brechen waren und daß die als Selbstmorde getarnten Morde an Ulrike, Andreas, Gudrun, Jan, Ingrid und der Mordversuch an Irmgard für die politischen Ziele der Bundesregierung - die Durchsetzung des "Modell Deutschland" der Sozialdemokratie in ganz Westeuropa und darüber hinaus zur Sicherung des "inneren Friedens", eine Politik, die durch die Direktwahlen zum europäischen Parlament von der westeuropäischen Bevölkerung jetzt legitimiert werden soll - counterproduktiv waren/sind, wie sich z.B. vor kurzem wieder an Kohls TV-Auftritt in den Niederlanden gezeigt hat. (Das schließt allerdings nicht aus, daß die Bundesregierung bei einer Zuspitzung der Situation durch Aktionen der Guerilla wieder Gefangene hinrichten könnte.)" (18)

Der größte Teil der BRD-Linken stellte sich in einer von der TAZ, dem id (19), der Autonomie und dem Arbeiterkampf dirigierten Kampagne gegen die Gefangenen aus dem bewaffneten antiimperialistischen Widerstand, die mit ihrem Hungerstreik den Kampf gegen die Formierung Westeuropas durch den USA-Imperialismus auf die Tagesordnung gesetzt hatten. Sie erklärte übereinstimmend die Forderung der Gefangenen nach Anwendung der GK zu einem "fatalen Fehler", der die legale Linke und die Gefangenen spalten würde. Sie forderte die Gefangenen aus dem bewaffneten antiimperialistischen Widerstand auf, ihre Integration in den "Normalvollzug" zu fordern, mit der Begründung, daß alle Gefangenen politisch seien, objektiv Teil des Widerstandes gegen den Staatsapparat, weil sie seiner Repression ausgesetzt seien. Damit verlangte die BRD-Linke von den Gefangenen, sich von den Inhalten antiimperialistischer Politik zu lösen, was genau den 'Resozialisierungsangeboten' des Staatsschutzes und der damaligen SPD/FDP-Regierung mit ihrem Innenminister Baum entsprach. Die BRD-Linke legitimierte damit die nachfolgende Belegung des Hochsicherheitsstrafes im januar 1980, indem sie behauptete, daß die Gefangenen mit ihrer Forderung nach Anwendung der GK ihre Kleingruppenisolation im trakt selbst provoziert hätten, diese Isolation also als Erfüllung der Forderung der Gefangenen bewertete.

Indem die 81er 'Antiimperialisten' den Hungerstreik 79, der einen politischen und ideologischen Trennungsstrich zog zwischen den antiimperialistischen Kräften und der weißen Linken, nachträglich als politisch bedeutungslos erklärten, gaben sie denjenigen recht, die diesen Hungerstreik und damit den Inhalt antiimperialistischer Politik sabotiert und den Antiimperialismus in der BRD aktiv bekämpft hatten.

Im Hungerstreik 1981 orientierte die Politik der 'Antiimperialisten' nicht mehr auf die Lösung des grundlegenden Widerspruchs im Imperialismus sondern auf die Konstituierung einer Einheitsfront aus 'Antiimperialisten', Guerilla, Friedensbewegung und sozialen Bewegungen, deren politisches Ziel der 'Befreiungskampf in Westeuropa' ist, auf der Grundlage der schwindenden Zuversicht des Metropolenspießers in die Aufrechterhaltung des Status Quo durch den USA-Imperialismus.

- (18) Hungerstreikerklärung von Gefangenen aus der RAF in Berlin, 20.4.1979  
(19) Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten - das wichtigste Info für die Gefangenenbewegung

"in einer situation, in der sich in der brd während des letzten jahres ein neuer widerstand entwickelt hat, widerstand gegen den staat, gegen die militarisierung der gesellschaft (sinngemäß: militarisierung des täglichen lebens), gegen die vereinigten staaten und gegen die nato, für den befreiungskampf in el salvador und in der türkei, für den hungerstreik der gefangenen aus der ira - in dieser situation ist der hungerstreik der gefangenen vom staat bekämpft worden wie eine aktion der guerilla, wie eine bewaffnete aktion. die politische brisanz des streiks hat ihre ursache darin, daß sich genau in diesem streik die kämpfe der hausbesetzer, der anti-atombewegung und anderer widerstandsgruppen mit dem streik vereinigt haben. es gab viele aktionen, gegen die medien und gegen die anwesenheit der amerikaner. der kampf der gefangenen und die reaktion des staates darauf haben klar den weg gezeigt, den wir gehen müssen, um uns vom us-imperialismus zu befreien. wir wollen nicht das atomare schlachtfeld sein, zu dem uns die usa in europa bestimmen will."(20)

Die Aktion "Grüße an politische Gefangene" ist die konsequente Weiterentwicklung dieser chauvinistischen Politik. Im Aufruf wird der Kampf der Gefangenen in den 70er Jahren umgelogen zu einem Kampf gegen Hochsicherheitsstrakte und zu einem erfolglosen Kampf um Normalvollzug. "Es gab auch mal eine Zeit lang einen Kampf speziell gegen diese Sicherheitstrakte, diese Stahl- und Betonsärge ... Du kennst diese Geschichte der Kämpfe der Gefangenen vielleicht auch. Die ersten Jahre, als nur Gefangene aus der RAF mit diesen Maßnahmen als direkten Angriff auf die Identität und Person damit konfrontiert waren, haben sie versucht - auch durch Streiks - den Normalvollzug für sich durchzusetzen. Grundsätzlich wurde das nicht erreicht." (21) Damit endet für klar die Geschichte der Kämpfe der Gefangenen - reduziert auf einen Kampf gegen Folter und für Normalvollzug. Kein Wort mehr davon, daß es gerade die Gefangenen aus der RAF bis 1979 waren, die in ihrem Kampf gegen Isolationsfolter einen politischen Begriff des Vernichtungsprogramms des BRD-Staatsapparates gegen den antiimperialistischen Widerstand erarbeitet haben:

"über folter ist nur zuzusprechen mit den inhalten und der strategie, die sie abschaffen wird: denen revolutionärer politik. vom standpunkt des bürgerlichen antifaschismus aus wird das gerede darüber zur klage, den den gefolterten denunziert. (...)  
zu reden ist über den der foltert. den staat. und den prozeß, in dem die staatliche counterstrategie auf folter angewiesen ist und sich entsprechend der entwicklung eines neuen faschismus im staatsapparat die technologie, die apparate und immer etwas hinterherhinkend die gesetze - (und schließlich die strukturelle und organisatorische voraussetzung in der massenkommunikation - die reflexe neutralisiert) schafft, die folter institutionell voraussetzt. wir sagen hier nochmal:  
folter ist kein revolutionärer kampf begriff.  
aufklärung darüber hat vielleicht schutzfunktion - aber die mobilisierung, die sie bracht, muß sich gegen die politik wenden, auf die der staat mit folter reagiert (und damit zuletzt gegen die gefangenen selbst) solange das vehikel ihrer politik der moralische reflex derer ist, die in diesem staat noch zu hause sind - und sei es, weil sie ihn als revisionisten übernehmen wollen - ..." (22)

(20) aus: "für drinnen und draußen", Dokumentation zum Hungerstreik 1981  
(21) Christian Klar, Brief an seine Mutter, 17.3.1983, aus dem Aufruf: "Grüße an politische Gefangene"

(22) texte: der raf, S. 90 ff.

Der Kampf der Gefangenen aus der RAF in den 70er Jahren gegen Isolationsfolter war so zugleich auch immer ein Kampf gegen die weiße Linke, die Anfang der 70er Jahre den Proletarischen Internationalismus verraten hatte und sich zurückzog "auf die unmittelbare realität der metropole bundesrepublik als ausgangspunkt ihres denkens und handelns" (23), indem sie den Widerspruch Lohnarbeit/Kapital als entscheidenden Widerspruch für die Metropole formulierte (MLer und Anarchosyndikalisten) oder die Politik in erster Person auf die Tagesordnung setzte (Spontis).

Gegen diesen Bruch mit der antiimperialistischen Massenbewegung der 60er Jahre haben die Gefangenen aus der RAF ihren Kampf geführt. Wesentlicher Teil davon war die Forderung nach Anwendung eines Haftstatuts, das den Mindestgarantien der Genfer Konventionen entspricht. Jedem, der sich ernsthaft mit der Politik der RAF in den 70er Jahren auseinandergesetzt hat, ist bekannt, daß diese Forderung entwickelt wurde aus der antiimperialistischen Strategie der RAF, die sich bewußt in den Zusammenhang der weltweiten Einheitsfront der Völker gegen den USA-Imperialismus in den 60er und 70er Jahren stellte. Aus diesem Zusammenhang wurde **offensiv ein völkerrechtlich begründetes Widerstandsrecht** abgeleitet und daraus die Forderung nach Anwendung der GK. "für die verteidigung - wir verlangen nicht die anerkennung als kriegsgefangene, den status, sondern die offensive linie ist widerstand - völkerrechtlich begründetes widerstandsrecht - die defensive linie ist die anwendung eines haftstatuts auf die gefangenen aus der raf/sozialrevolutionären bewegung, das den mindestgarantien der genfer konventionen über die behandlung von kriegsgefangenen entspricht. zu offensiver linie: widerstand. da ist alles drin, was an juristischer argumentation zur politik der raf entwickelt werden kann: vietnam, die kriege, die das kapital an der peripherie führt, aggression, genocid, verbrechen gegen die zivilbevölkerung, bombardierung ziviler objekte ... er bezieht seine legitimation aus dem charakter und der funktion der imperialistischen legalität - gegen sie oder so: aus dem charakter der imperialistischen legalität als faschistisch ergibt sich die notwendigkeit der illegalität. der zusammenhang ergibt sich aus dem proletarischen internationalismus, in dem wir hier auf den äußeren linien kämpfen, gegen die politik der regierung nach innen und außen." (24)

Die **defensive** Linie ging aus von dem rechtsfreien Raum "in dem die auseinandersetzung guerilla/staat sich bewegt und in dem die gefangenen aus der raf total objekt des staatsschutz sind, der -buback im spiegel - programmatisch alle rechtlichen normen liquidiert, ausschaltet, sich über sie hinwegsetzt, dazu von den institutionen - legislative und justiz (bgh und bvg) legitimiert ist." (25)

Diese Forderung nach Anwendung der GK wurde von der Metropolenlinken in ihrem Kern bekämpft: daß der bewaffnete antiimperialistische Kampf völkerrechtlich legal und politisch legitim ist. Diese Linke war allenfalls noch bereit die schlimmsten Auswüchse des Imperialismus zu korrigieren, was dann dazu führte, daß sie zu den Gefangenen nur noch eine humanistische Solidarität entwickeln konnte, eine Solidarität mit "Opfern", die so ihre Politik denunzierte.

• Von der heute als politische Orientierung ausgegebenen Forderung nach Zusammenlegung sagten die Gefangenen damals:

"es ist notwendig geworden, die anwendung eines statuts entsprechend den mindestgarantien der genfer konvention zu verlangen, weil counterisurgency in einem rechtsfreien raum operiert, und weil alle anderen versuche, die minimal-klauseln der menschenrechte in der behandlung dieser gefangenen in der bun-

(23) texte: der raf, S. 189

(24) texte: der raf, S. 561

(25) texte: der raf, S. 563

desrepublik durchzusetzen, gescheitert sind. dabei setzt der prozess der durchsetzung der forderung: 'anwendung ...' indem er den begriff kriegsgefangene durchsetzt, als metaphor, die den realen inhalt - politische gefangene - beschreibt - den status schließlich durch, ohne ihn zu fordern. und man muß sehen: eine denkbare reaktion ist, daß die implizite forderung (die wir nie stellen): konzentration - uns ner zumindest scheinbaren gleichstellung wenigstens einzelner gefangener -hh- eher näherbringt."(26)

Heute stellen die Gefangenen und die 81er Antiimperialisten genau diese Forderung "Zusammenlegung" auf und erklären sie zum Beginn einer politischen Offensive: "Seit Anfang dieses Jahres fordern die Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand ihre Zusammenlegung. Diese Forderung ist der bewußte Schritt der Gefangenen, sich die Einheit und Organisation des revolutionären Widerstandes auch im Knast zu erkämpfen."(27)

Dieser "bewußte Schritt" bedeutet: Zusammenlegung wird nicht mehr begriffen als "denkbare Reaktion" auf den Kampf der Gefangenen und einer antiimperialistischen Massenbewegung um Inhalt und Ziele antiimperialistischer Politik, sondern sie verkommt dazu, indem sie positiv gefordert wird und zur politischen Offensive erklärt wird, beim imperialistischen Staatsapparat das "Recht" auf Revolution einzuklagen. Dieses "Recht" auf Revolution, das den Antagonismus zwischen politischen Gefangenen und dem Imperialismus ersetzt, leitet sich für die Träger und Initiatoren der Grußaktion daraus ab, daß "immer mehr Menschen aus einem Antagonismus zum System raus kämpfen, anstatt nur für ein bißchen weniger Unterdrückung, weniger Raketen usw., eben weil sie alles anders wollen, und die Knäste mit politischen Gefangenen voller werden, kriegt der Knast auch gegen immer mehr Menschen die Funktion der Fabrik zur Vernichtung des Klassenwiderspruchs. ... Da bekommt, das zu sagen, um was wir hier drinnen kämpfen, außer das es für jeden einzelnen existenziell ist, auch die Bedeutung einer Orientierung. Die Situation in den Knästen, die Schärfe des Drucks auf die einzelnen, hängt natürlich mit der Kraft und dem jeweiligen Stand der revolutionären Politik draußen zusammen."(28)

Für Klar ist also der Kampf gegen Isolationsfolter nicht Bestandteil einer antiimperialistischen Strategie, die sich unter die Hegemonie der Völker und Nationen der Dritten Welt stellt, sondern er erhält seine Rechtfertigung erst dadurch, weil sich in den Metropolen eine "revolutionäre" Bewegung herausgebildet hat, auf die er sich nun stützen kann und zu deren Avantgarde sich die Gefangenen mit ihrer Zusammenlegungsforderung erklären.

Die Grußaktion wird zum Appell an einen Weltgeist, als höhere Instanz darüber zu entscheiden, daß diese Forderungen der Gefangenen doch 'berechtigt' sind. Dieser Weltgeist tritt heute in der mehr oder minder offenen sozialimperialistischen Anti-NATO- und Friedensbewegung auf.

Denn was der Inhalt dieser "revolutionären" Bewegung ist, ihr "Antagonismus zum System", wird im Aufruf noch weiter verdeutlicht: "Alle, die sich im Widerstand gegen den Krieg und das kapitalistische System wehren und organisieren." (29)

Die Grußaktion ist der Versuch, sich von der ständigen Nachtrabrolle in der Einheitsfront aus Friedensbewegung und sozialen Bewegungen zu 'emanzipieren' und eine avantgardistische 'antiimperialistische' Initiative in ihr zu verankern. Der Eintrittspreis dafür ist der Ausverkauf der Geschichte der historischen RAF und der antiimperialistischen Massenbewegung in den 60er und 70er Jahren an diese Einheitsfront. Mit Parolen wie "über 10 Jahre - Kampf gegen

die Isolation" und "der Kampf gegen Isolationsfolter ist ein Kampf für die Revolution" werden Isolationsfolter und Illegalisierung des Schutzes der Gefangenen geschichtslos zur Strategie des Staatsapparates erklärt, die sich "gegen alle Menschen, die hier den Widerstand gegen Unterdrückung und Kriegsvorbereitung organisieren" richtet. Damit behaupten die 81er 'Antiimperialisten' und mit ihnen die Gefangenen aus der RAF eine Kontinuität des antiimperialistischen Kampfes in der BRD, was für sie bedeutet, daß dem antiimperialistischen Kampf der RAF der 70er Jahre heute der "Widerstand gegen Projekte des NATO-Staates BRD wie Startbahn West, AKW, Mittelstreckenraketen" und gegen das "kapitalistische System" entspricht. (30)

Diese Kontinuität existiert nicht. Die politische Strategie der 81er 'Antiimperialisten' hat nichts mehr gemeinsam mit der Strategie der RAF der 70er Jahre, die sich bewußt unter die Hegemonie des Nationalen Befreiungskampfes der Völker stellte und von der jede Weiterentwicklung unserer antiimperialistischen Strategie ausgehen muß. Vielmehr stellen sich die 81er 'Antiimperialisten' mit ihrer Strategie unter die Hegemonie des Sozialimperialismus

Sie gehen in ihrer Strategie gegen den drohenden Krieg in Europa davon aus, daß die revolutionären Kräfte in der BRD ein Bündnis mit der Sowjetunion und den unterdrückten Völkern in dem Einflußbereich des USA-Imperialismus eingehen müssen, um ihn vereint zu schlagen. Dabei beziehen sie sich auf das sozialimperialistische "Revolutionsmodell", daß die Sowjetunion als 'Bollwerk des Friedens und des Sozialismus' propagiert und die Bedrohung der Völker durch den Sozialimperialismus zur "revolutionären" Strategie erklärt, die erst den 'weltweiten Befreiungskampf gegen den USA-Imperialismus' ermöglicht. In ihrem Widerstand gegen den "Krieg und gegen das kapitalistisch System" hat der grundlegende Widerspruch im Imperialismus keinen Platz mehr. Er wird ersetzt durch den Widerspruch Lohnarbeit/Kapital, den es ihrer Auffassung nach zu lösen gilt und zwar im "sozialistischen Kampf" gegen die US-Hegemonie in Westeuropa. Ihre politische Übereinstimmung mit dem Sozialimperialismus bringen sie darin zum Ausdruck, daß sie sich mit ihrer Propagierung des "sozialistischen" Kampfes in den Metropolen in eine Reihe mit denjenigen stellen, die im "antikapitalistischen Kampf" die Privilegien der weißen Arbeiterklasse gegen die unterdrückten Völker verteidigen wollen:

"Die KP Israels widmet ... dem Verhältnis von Aktionseinheit und ideologischer Auseinandersetzung im Kampf gegen die Kriegspolitik besondere Aufmerksamkeit. In ihrer Auseinandersetzung mit den Einflüssen des Zionismus in der Arbeiterbewegung hebt sie stets das Primat der Klassenbeziehung hervor. Sie unterstreicht, daß die entscheidende Trennung in Israel nicht zwischen Zionisten und Kommunisten verläuft, sondern 'zwischen Arbeitern und Kapitalisten, zwischen den Kräften des Friedens und des Krieges sowie der Annexionen, zwischen demokratischen und denjenigen Kräften, die zum Faschismus führen. Es gibt Zionisten', so betont die Partei, 'die in einer konkreten politischen oder sozialen Frage die richtige Position beziehen. Folglich ist es möglich und notwendig, unabhängig von ideologischen Ansichten für die Aktionseinheit, für die Schaffung einer Friedensfront ... zu kämpfen.'" (31)

Die Formierung einer 'antikapitalistischen Friedensfront weltweit' (und auch in 'Israel' und der BRD), das ist das politische Ziel, das die 81er 'Antiimperialisten' mit ihrem "Widerstand gegen den Krieg und das kapitalistische System" verfolgen. Unter der Parole: Der Hauptwiderspruch in der Welt ist heute der zwischen Kapitalismus und Sozialismus wenden sich die 81er 'Antiimperialisten' gemeinsam mit der Metropolenlinken in ihrer Einheitsfront der

(26) texte: der raf, S. 569

(27) Aufruf: Grüße an politische Gefangene, S. 7

(28) Christian Klar, Brief an seine Mutter, 17.3.1983

(29) Aufruf: Grüße an politische Gefangene, S. 1

(30) alle Zitate aus: Aufruf: Grüße an politische Gefangene

(31) "Die Kommunisten Israels im Kampf für den Frieden im Nahen Osten", aus: Einheit, 6.1980

Hegemonialmacht zu, die ihnen die Durchsetzung ihrer Interessen möglicherweise garantieren kann und deren politische und ideologische Grundlagen sie teilen. Sie schaffen in einer politischen Situation, in der die Metropolenbevölkerung die Verteidigung ihrer Privilegien gegen die Völker der Dritten Welt durch den USA-Imperialismus nicht mehr gewährleistet sieht, die Grundlage für eine weiße Revolution gegen die unterdrückten Völker und Nationen der Dritten Welt. Ihr Kampf für "Sozialismus" greift die Metropolenbevölkerung an keinem Punkt mehr als Teil und Träger einer Unterdrückernation an, sondern verteidigt ihre Privilegien, indem er ihnen eine Alternative anbietet: den Kampf für "Sozialismus", der es ihnen ermöglichen soll, weiterhin an der Ausplünderung der Dritten Welt zu partizipieren - unter der Hegemonie des Sozialimperialismus. Ihr Kampf gegen den USA-Imperialismus wird damit zu einem imperialistischen Konzept, das den grundlegenden Widerspruch im Imperialismus unter "sozialistischem" Vorzeichen aufrechterhält, zum Konzept der Herrschaft des Sozialimperialismus über die Völker der Welt.

Die 81er 'Antiimperialisten' behaupten, daß dieses sozialimperialistische "Revolutionsmodell" die Kontinuität des antiimperialistischen Kampfes in der BRD darstellt und versucht genau damit diesen Kampf zu liquidieren, indem sie seine politische und ideologische Grundlage hinauskippen. Das macht sie genauso gefährlich wie einen Pohrt, der das Ende des antiimperialistischen Kampfes propagiert und offen den deal mit dem USA-Imperialismus fordert. Denn die "Grußaktion" zielt darauf, die Hegemonie des Sozialimperialismus in der anti-us-imperialistischen Allianz politisch und ideologisch zu stärken. So wie sich der Sozialimperialismus in den 70er Jahren die Früchte des Befreiungskampfes der Völker gegen den USA-Imperialismus aneignen konnte, indem er sein obsolet gewordenes Image der Oktoberrevolution aufpolierte und sich zur 'Avantgarde der Weltrevolution' aufschwang, gehen die 81er 'Antiimperialisten' heute daran, sich die Geschichte der revolutionären Linken in der BRD unter den Nagel zu reißen, um der anti-us-imperialistischen Einheitsfront in den Metropolen zu "ihrer" revolutionären Geschichte und zu ihrer "sozialistischen" Zukunft auf dem Rücken der Völker zu verhelfen - eine politische und ideologische Formierung im Dienste des Sozialimperialismus zu betreiben.

Mit ihren nur scheinbar widersprüchlichen Kampagnen "Amnestie" und "Grußaktion" hat die weiße Linke den Versuch gestartet, aus der Liquidation des antiimperialistischen Kampfes der 60er und 70er Jahre ihren Eintritt in das Lager des Imperialismus/Sozialimperialismus perfekt zu machen und die reaktionäre Polarisierung der BRD-Gesellschaft im Interesse der beiden Hegemonialmächte weiter voranzutreiben.

Die Aufgabe der revolutionären Antiimperialisten besteht darin, diese Politik zu bekämpfen.